Sonnabend, 13. Oktober 1923. Einzelnummer 4000 Mark. 52. Jahrgang. Nr. 233.

Bezugspreis monatlich M. in der Geschäftsstelle 70000.— in den Ausgabestellen 71000.— durch Zeitungsboten 72000.— am Postamt ..... 70000.— Postgebühren 5460 M., ins Ausland 80000 poln. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Fernsprecher 2273. 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens ... 2000.— M. Reklameteil 4000.— M.
Für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 2000.— p. M., „ Reklameteil 6500.— p. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Schlagwort und Wirklichkeit.

Die Entscheidungen des Haager Schiedsgerichtshofes weckten bei den Polen einen „Schrei der Entrüstung": „Wie? Es sollte uns nicht erlaubt sein, unsere Westgebiete zu entdeutschen? Wir sollten gutwillig und widerspruchslos den Stand der Dinge hinnehmen, den die Deutschen mit ihrer Germanisierungspolitik geschaffen haben?" — Das ungefähr ist der Kehrreim aller der Leitartikel und Protestreden, die in den letzten Wochen auf die Haager Oberschiedsrichter herabregneten.

Daß eine solche „Entdeutschung" — soweit es sich wenigstens um die von den Haager Schiedssprüchen betroffenen Maßnahmen handelt — juristisch nicht haltbar ist, wurde an dieser Stelle schon wiederholt dargelegt. Obwohl es freilich gar nicht erst dargelegt zu werden brauchte, nachdem das oberste Gericht in Europa gesprochen hat.

Aber noch aus anderen Gründen sind die für die „Entdeutschung" von den Polen immer wieder angeführten Gründe nicht stichhaltig. Die Entdeutschung soll angeblich nötig sein, damit das durch die „Germanisierungspolitik" der preußischen Regierung angeblich zurückgedrängte Polentum wieder zu der ihm zustehenden Stellung und zu dem ihm zustehenden Besitz kommt.

Und wenn das Polentum gar nicht zurückgedrängt worden ist? Was dann?

Drei Waffen, deren sich die „Germanisierungspolitik" der preußischen Regierung bediente, werden ihr von Polen immer wieder vorgeworfen:

Die erste Waffe ist das Ansiedlungsgesetz von 1886, das der damals zu gründenden Ansiedlungskommission die finanziellen Mittel gab, um polnischen Grundbesitz aufzukaufen und mit deutschen Bauern zu besiedeln.

Die zweite Waffe: die Ansiedlungsnovelle von 1904. Sie gab der Regierung die Macht, den Polen, die sich eine Parzelle Land gekauft hatten, den Bau eines Wohnhauses zu verbieten.

Die dritte Waffe: das Enteignungsgesetz von 1908.

Was wurde mit diesen drei Waffen erreicht?

Auf das erste der drei Gesetze, das Ansiedlungsgesetz von 1886, antworteten die Polen sofort mit der Gründung der Bank Ziemski, die unter dem Namen der polnischen Rettungsbank bekannt wurde, — einer Siedlungsbank, die im Jahre 1886 begründet wurde und sich einige Jahre darauf zwei Töchterinstitute schuf, die Spółka Ziemska in Posen und in Thorn. Die Sammlung von Geldmitteln für diese Verteidigungsinstitute wurde eine nationale Angelegenheit der polnischen Gesellschaft. Es zeigte sich jedoch bald, daß weder die Geldmittel der polnischen Banken noch ihre Arbeitsmethode ausreichten, um der preußischen Ansiedlungskommission mit Erfolg entgegenzutreten. Schon in der Generalversammlung der Bank Ziemski am 14. Juli 1888 herrschte eine verzweifelte Stimmung, die dazu führte, daß der Aufsichtsrat zurücktrat, und in kurzer Zeit stand die Bank am Rande des Abgrunds. Jedoch gerade im kritischen Augenblick kam den Polen eine unerwartete Hilfe: Die polnischen Ansiedelungsbanken erhielten Kredit vom — preußischen Staat, der sich durch den Mund seines Spezialreferenten für Rentengutskolonisation bereit erklärte, den Polen bei der Schaffung von Siedlungen Kredit durch die staatlichen Rentenbanken zu gewähren und zwar in der sehr günstigen Form von 3½ prozentigen Rentenbriefen. Die Wirksamkeit dieser Hilfe zeigte sich sofort: Binnen weniger Wochen gelang es der Spółka Ziemska in Thorn, ein Gut mit polnischen Bauern zu besiedeln. Vier Jahre währte diese gemeinsame Arbeit der polnischen Siedlungstätigkeit mit der preußischen Regierung, die den Polen über die Anfangsschwierigkeiten geradezu hinweghalf und ihnen die Möglichkeit gab, im Jahre 1897 die Bank Parcelacyjny zu gründen und mit ihrer Hilfe einen neuen rücksichtslosen und erfolgreichen Kampf um den Boden zu beginnen, einen Kampf, in welchem die bürokratische preußische Ansiedelungskommission eine Niederlage nach der anderen erlitt.

Die Ansiedlungsnovelle von 1904 schien der polnischen Siedlungstätigkeit den Dolchstoß versetzen zu wollen. Denn was nutzte ihnen der Ankauf von Land, wenn sich niemand darauf eine Hütte bauen konnte? Aber — wenige Monate nach Annahme des Gesetzes spazierte die Bank Ziemski seelenvergnügt durch eine Lücke der Ansiedlungsnovelle, indem sie das Gut Kempa im Kreise Samter teils unter Benutzung alter Insthäuser aufteilte, teils an Besitzer von Nachbargrundstücken parzellierte. Als der Regierungspräsident die Genehmigung versagte, weil er der Überzeugung war, das ganze Unternehmen sei nichts anderes als eine Umgehung des neuen Gesetzes, da erhob ein kleiner polnischer Ackerwirt, unterstützt von der Bank Ziemski, Klage gegen diese Entscheidung, und am 5. Oktober 1905 gab das Oberverwaltungsgericht in Berlin dem polnischen Antrag statt und entschied gegen den Regierungspräsidenten in Posen. Mit Hilfe dieser Entscheidung des preußischen Oberverwaltungsgerichtes haben die Polen dann die Ansiedlungsbeschränkungen ziemlich illusorisch gemacht. Die polnischen Siedlungsbanken wandten sich jetzt der Ausbau- und Adjazentenparzellierung zu, für die sich in Posen und Westpreußen besonders günstige Gelegenheit bot, das heißt einer Aufteilung unter Benutzung der Bauernhäuser, Arbeiterhäuser und Beamtenhäuser der angrenzenden Güter und Ackerstellen. Diese Art der Aufteilung war zugleich für die Parzellierungsbanken außerordentlich vorteilhaft, da auf diese Weise die Parzellierung ohne Neubau durchgeführt werden konnte.

Wie wenig Wirkung in der Praxis das Enteignungsgesetz gehabt hat, ist an dieser Stelle schon wiederholt dargelegt worden. Das Jahr 1908 verging, ohne daß ein Gut enteignet wurde. Das Jahr 1909 verging, das Jahr 1910, das Jahr 1911, — die preußische Regierung machte von dem Gesetz keinen Gebrauch. Schließlich wurden im Jahre 1912 vier kleine polnische Güter im Gesamtumfange von 1652 Hektar enteignet, und zwar gegen eine Entschädigung, die höher war als der damals sehr hohe Marktpreis für gleichwertige Güter. Nach dieser bescheidenen Demonstration hat keine Enteignung mehr stattgefunden, und man kann ruhig sagen, daß jenes berüchtigte Gesetz den Polen niemals weh getan, ihnen aber wohl ein ausgezeichnetes Agitationsmittel in die Hand gegeben hat.

Es handelt sich hier nicht um eine Rechtfertigung der Maßnahmen der früheren preußischen Regierung, sondern einfach um eine Richtigstellung, um eine Beseitigung der irrtümlichen Anschauung, als hätten diese Maßnahmen in Wirklichkeit das Polentum in den früheren Provinzen Posen und Westpreußen zurückgedrängt. Wie wenig von einer solchen Zurückdrängung des Polentums in Wirklichkeit die Rede sein kann, beweisen am besten folgende Zahlen, die amtlichen Zusammenstellungen entstammen: In den Jahrzehnten der schärfsten Polenpolitik (1896 bis 1913), in den Jahrzehnten also, die von den Polen als die Zeit „brutaler Germanisation" und der „rücksichtslosen Enteignung" bezeichnet werden, verloren die Deutschen an die Polen im Regierungsbezirk Posen 21000 Hektar, im Regierungsbezirk Bromberg 31000 Hektar, im Regierungsbezirk Danzig 20000 Hektar, im Regierungsbezirk Marienwerder 26000 Hektar. Also: In den beiden Provinzen, in denen die mächtige Ansiedlungskommission wirkte, gewannen die Deutschen in der Zeit der „brutalen Germanisation" und der „rücksichtslosen Enteignung" nicht einen Fuß breit Boden, aber der deutsche Grundbesitz verringerte sich hier in dieser Zeit um 98000 Hektar. Der Verlust des deutschen Grundbesitzes und der Gewinn der Polen reichte aber noch weiter. Denn gleichzeitig vergrößerte sich der polnische Grundbesitz auch in den Nachbarprovinzen, und man greift wohl nicht zu hoch, wenn man den deutschen Gesamtverlust in dieser Zeit auf 120000 Hektar ansetzt.

Wenn diese Tatsachen richtig sind, dann ergibt sich die Frage: Wo sind die Voraussetzungen für die sachliche Notwendigkeit einer „Entdeutschung" der Westgebiete Polens und einer „Wiederherstellung des früheren Besitzstandes"?

Diese Voraussetzungen sind in der Tat nicht vorhanden, und zwischen Schlagwort und Wirklichkeit klafft auch hier wieder mal ein tiefer Abgrund.

Die Lage in Warschau: Gerüchte und Stimmungen.

(Von unserem Warschauer Sonderberichterstatter.)

Fast täglich tauchen in dem einen oder anderen Blatte mehr oder minder bestimmte Mitteilungen darüber auf, daß demnächst irgend ein Minister politisch das Zeitliche segnen werde. Gestern war es Herr Seyda, der totgesagt wurde, während er noch ruhig weiter sein mühseliges Außenministerdasein fristet, weil noch niemand sich gefunden hat, der sich auf einen so ungeheuer verfahrenen Wagen setzen will; dann ist es wieder der Finanzminister Kucharski, der sein Portefeuille angeblich einem anderen übergeben werde, der übrigens ebenfalls noch nicht entdeckt worden ist, und heute hat ein Blatt die Meldung gebracht, der Innenminister Kiernik werde zurücktreten. Wir haben es nicht für nötig gehalten, uns auf diesen Klatsch, der in den Wandelgängen des Sejm zusammengebraut wird, einzulassen. Auch die Meldung vom Rücktritt Kierniks ist falsch. Sicherlich ist die Stellung des gesamten Kabinetts mehr als gefährdet. Aber jede Rechnerei über die Möglichkeit eines Kabinettssturzes kann noch ruhig beiseite gelassen werden, da jede einzelne Abstimmung von einer Reihe von Faktoren abhängt, die sich nicht voraussehen lassen, und es dabei auf die Links- oder Rechtsrichtung einiger weniger Stimmen ankommt. Bei dieser Gelegenheit wollen wir auch vor einigen Gerüchten warnen, die offenbar als Kombination auf den Tiefstand der polnischen Mark entstanden sind. Es heißt, Polen bedrohten schwere außenpolitische Verwicklungen. Man munkelt von bevorstehenden russischen oder anderen äußeren Gefahren und behauptet, aus hochstehenden Kreisen Informationen erhalten zu haben. Wir möchten vor allen diesen vagen Redereien ernsthaft warnen. Der fortschreitende Tiefstand der Polenmark erklärt sich zur Genüge aus der furchtbaren Lage Deutschlands, die ihren fatalen Einfluß auf die Wirtschaftslage in Polen hat. Irgend welche Gefahren von außen her drohen Polen im Augenblick nicht, und nach unseren Informationen liegt auch nicht die geringste Ursache vor, in nächster Zukunft an solche Gefahren zu glauben.

Finanzminister Kucharski und die Anleihen.

Während des Krieges pflegte man vom deutschen Kaffee zu sagen, er habe eine gute und eine schlechte Eigenschaft. Die gute sei die, daß er keine Zichorie enthalte, und die schlechte, daß er auch keine Kaffeebohnen in sich habe. Ähnliches hat Herr Kucharski von der Anleihe erzählt. Sie hat eine gute Eigenschaft, nämlich die, daß keinerlei Staatseinkünfte oder Vermögen verpfändet wurde, und eine schlechte, nämlich die, daß die Anleihe überhaupt nicht vorhanden ist. Solches erklärte nämlich Herr Kucharski im Senat. Vorläufig „hat er nur das Terrain erforscht". Deshalb ergibt sich wieder, weshalb trotz aller schöner Aussichten der Dollar lustig in die Höhe krabbelt. Und bezüglich der Verpfändungen? Wenig erfreulich! Herr Kucharski wird solche Verpfändungen, die selbstverständlich bisher nicht vorgenommen wurden, wie der Minister wahrheitsgemäß den Journalisten sagte, nur unter der Bedingung vornehmen, daß sie der Sejm vorher oder nachträglich bewilligen und bestätigen werde. Im übrigen hat der Minister den Herren Senatoren keine Mitteilungen gemacht. Sie sollen in der Rede zum Budget erfolgen.

Die Agrarreform.

Das Gesetz über die Agrarreform hat wenig Freunde. Im Landwirtschaftsausschuß des Sejm war es der einen Gruppe zu weitgehend, die andere fand es nicht durchgreifend genug. Was dabei herauskommen wird, kann man sich leicht ausrechnen, nämlich, daß die Verwirklichung des Gesetzes noch in weiter Ferne liegt. Ganz logisch hörte sich an, was ein Mitglied der Rechten zu sagen hatte: Herr Żółtowski meinte, das Gesetz sei ein Stück Papier und durchaus unbrauchbar und unpraktisch. Er nannte es „ein Gesetz der Vergewaltigung". Wenn man alles genau berechne, so habe Polen überhaupt kein brauchbares Land mehr zur Parzellierung. Und eine Durchführung der Aufteilung in wirtschaftlich zweckmäßigen und erfolgreichen Formen, wie früher in Preußen, das gab er zu, könne man in Polen nicht machen. Dazu fehle schon das nötige Geld. Nur Parzellierungen für Arbeiterkolonien hält er für angebracht. Aber keineswegs bäuerliche Kolonisierungen, wenn auch theoretisch keineswegs der Grundsatz zu bestreiten sei, daß der Bauer Besitz haben müsse. Wenn man aber so weit gehe, der Geistlichkeit den Besitz zu beschlagnahmen und die Kirchengüter heranzuziehen, so setze man das Ansehen der Geistlichkeit herab, und man könne sicher sein, daß in einem solchen Falle der päpstliche Nuntius Polen verlassen werde. Das bestritt wieder der frühere Landwirtschaftsminister und Mitglied des radikalen Bauernklubs Wyzwolenie, Poniatowski. Man werde die Hand nicht nur nach den Kirchengütern, sondern sogar nach dem Kirchengolde ausstrecken. Schon im alten polnischen Sejm habe man dieses Verfahren gekannt. Auch ihm gefällt das Gesetz nicht. Aber darum, weil es zu viel Ausnahmen, im ganzen siebzehn, zulasse (für Güter, auf denen der Bau von Zuckerrüben betrieben wird, für Brennereien, für Stärkefabriken, Brennereien, Trockenanstalten usw.). Dann kam Herr Bryl von der Witospartei, und seine Opposition gegen das Gesetz war eigentlich das interessanteste Ergebnis der Sitzung. Herr Bryl ist gekränkt, weil er immer noch kein Ministerportefeuille erhalten hat. Und diese oppositionelle Haltung ließ doch deutlich die Gegensätze in der eigenen Partei des Herrn Witos erkennen, die naturgemäß die Position der Regierung nicht leichter machen.

Der Finanzminister spricht im Senat.

Die Senatssitzung am Mittwoch begann damit, daß die von einem Gericht verlangte Auslieferung der Senatoren Lewczanowska (Ukr.) und Kurt Mayer (Deutsche Vereinigung) abgelehnt wurde. Die Auslieferung der Senatorin Lewczanowska war verlangt worden im Zusammenhang mit der Beschlagnahme der vom ukrainischen Frauenausschuß herausgegebenen Broschüre „An die Frauen der zivilisierten Welt", die Auslieferung des Senators Mayer wegen eines Aufsatzes in der „Kattowitzer Zeitung". Mayer erklärt, er sei nicht Verfasser dieses Aufsatzes.

Nach Erledigung einiger unwesentlicher Punkte der Taglsordnung verlas der Senator Woźnicki eine Interpellation der vier oppositionellen Gruppen des Senats (Volkspartei, Wyzwolenie, Sozialisten, Nationale Arbeiterpartei) über das Wirtschafts- und Finanzprogramm der Regierung und die Auslandsanleihen. In der Interpellation wird die gegenwärtige Regierung und besonders der jetzige Finanzminister für die bedrohliche Lage verantwortlich gemacht. Vorgeworfen wird der Regierung unter anderem, daß sie ihre Tätigkeit zum Teil als ein Geheimnis behandle und dadurch selbst die in Umlauf gekommenen Gerüchte über die Bedingungen der Auslandsanleihe hervorgerufen habe. Der Ministerpräsident und der Finanzminister werden gefragt, ob sie geneigt sind, dem Senat, und damit auch der Öffentlichkeit, sofort erschöpfende Auskunft über diese Dinge zu geben.

In seiner **Antwort** auf diese Anfrage sagte der **Finanzminister Kucharski, er könne über die Auslandsanleihe nichts Neues sagen.** „Verhandlungen wurden geführt, denn die Regierung wollte sich orientieren und den Boden im Auslande erforschen, um Gewißheit zu bekommen, ob sie auf Hilfe tionalbesitz verkauft oder verpfändet worden sei, von der Regierung oder von mir Staatsbesitz oder Nazionalbesitz verkauft oder verpfändet worden sei, sind falsch. Ich will mit dieser Erklärung nicht sagen, daß man nicht unter Umständen von diesem Mittel Gebrauch machen müßte, und **ich bin überzeugt, daß die Regierung im** klaren Bewußtsein der auf ihr lastenden Verantwortung, **zu diesem Mittel greifen wird, wenn es nötig sein sollte.** Daraus darf jedoch nicht geschlossen werden, daß hinter dem Rücken des Parlaments Beschlüsse gefaßt und konkrete Verpflichtungen übernommen werden sollen. Wie die Verfassung verlangt, wird die Regierung sowohl im Fall der Anleihe als auch im Falle irgendwelcher Verpfändungen sich an die beiden hohen Häuser des Parlaments wenden und um ihre Ermächtigung oder um nachträgliche Billigung einer vollzogenen Tatsache bitten. Vorläufig sind wir noch nicht so weit, und alle Erörterungen darüber sind verfrüht."

Die Donnerstagssitzung des Sejm.

(Sonderbericht des „Posener Tageblattes.")

Herr Kucharski betrat die Tribüne. Nach den mehr oder weniger inhaltlosen Mitteilungen des Finanzministers im Senat war die Spannung nicht allzugroß. Die Rede des Finanzministers hatte auch keinerlei Argumente, die man nicht schon kannte. Aber immerhin war die Aufstellung des Wachsens der polnischen Schuld nicht eindruckslos. Sie betrug im November 1918 nur 14 Millionen, im Jahre darauf bereits 1125 Millionen, und so ging es weiter im talentvollen Dauerlauf nach oben, bis sie Ende September d. Js. auf 10265 Milliarden angelangt war. Das veranlaßte den Minister zu dem Seufzer, **daß Polen sich nicht mehr weit von der Lage befinde, unter der das heutige Deutschland leidet.** Sehr belehrend war auch die Darlegung über die Entwertung des Steuerertrages durch die fortschreitende Entwertung der Polenmark. Im Jahre 1922 hatte z. B. das Erträgnis von 430 Milliarden Einkommensteuer einen Wert von 53 Millionen Francs. Die in diesem Jahre bisher gezahlte Rate von 236 Milliarden aber sind nur 6365 Millionen Franken wert. Noch schlimmer steht es mit den indirekten Steuern. Statt der **veranschlagten 125 Millionen Franken war der Ertrag**

nur noch 50000 Franken wert. Der Minister will deshalb in allernächster — Zeit und diese Aussicht wird jeden Steuerzahler in Polen eine Gänsehaut verursachen — einen Gesetzentwurf zu Valorisierung der Grundsteuer vorlegen, was soviel bedeuten kann, als daß die Steuer nach einem gewissen Frankensatz jeweilig erhöht werden soll. Vorläufig wird die Erhöhung das Zehnfache betragen, was der Abgeordnete Diamand für zu wenig hielt. Außerordentlich scharf soll gegen die saumseligen Steuerzahler vorgegangen werden. Sie sollen 150 Prozent Zusatz als Strafe bezahlen. Mit größter Strenge will der Minister gegen Steuerhinterziehung auftreten. Er erwähnte Fälle von Kaufleuten in Warschau. Lublin aus Lemberg, die einen Umsatz von 70 Millionen Mark, statt des wahren Umsatzes von 3 Milliarden angegeben hatten. Es soll durch große Sparsamkeit vor allem durch Beamtenentlassungen den Ausgaben gesteuert werden. Am ersten Oktober waren bereits 16 000 Beamte mit dreimonatlicher Zahlung entlassen worden. Dann soll die Notenausgabe beschränkt, das Defizit ausgeglichen und eine private Emissionsbank, wie wir bereits wissen, gegründet werden. Hierfür aber ist zunächst einmal die Anleihe nötig. Und von dieser auswärtigen Anleihe hat der Minister nun im Sejm kein Wort mehr verlauten lassen. Aber während er sein Sanierungsprogramm entwickelte, kam die Nachricht, daß der Dollar einen Sprung auf über eine Million gemacht habe.

Aus den Ausschüssen.

Mit dem Entwurf des Mieterschutzgesetzes befaßte sich am Mittwoch und am Donnerstag der Rechtsausschuß des Sejm. Die für die Praxis wichtigsten Punkte des neuen Entwurfs sind: Die Miete für das erste Vierteljahr des Jahres 1924 soll bei Wohnungen bis zu sechs Zimmern 10 Prozent, bei Wohnungen mit mindestens sieben Zimmern sowie bei Läden, Hotels u. dgl. 20 Prozent der im Jahre 1914 gezahlten Miete betragen, wobei der zu zahlende Betrag festzusetzen ist nach dem Preis, den die P. K. K. P. am 15. Dezember 1923 für die in Betracht kommende Goldvaluta zahlen wird. Vom 1. April 1924 ab wird die Miete ebenso steigen wie das Gehalt der Staatsbeamten. Am Ende jedes Vierteljahrs wird der Justizminister die Höhe der für das nächste Vierteljahr zu zahlenden Mieten bekanntgeben. Ferner werden durch den neuen Entwurf die Hausbesitzer verpflichtet, Ausbesserungsarbeiten auf ihre Kosten ausführen zu lassen, sofern die Kosten dieser Arbeiten den Mietsbetrag nicht überschreiten.

Der Senatsausschuß für Auswärtiges, Krieg und Marine hörte einen Bericht des Direktors Chrzanowski vom Handelsministerium über die bisherigen Arbeiten und die Pläne der Regierung in bezug auf die polnische Handelsmarine. Im Jahre 1918 wurde im Kriegsministerium eine Marinesektion gegründet, die im Jahre 1919 in ein Marinedepartement umgestaltet wurde. Im Jahre 1920 konzentrierte der Ministerrat die Angelegenheit der Handelsmarine im Ministerium für Handel und Industrie. Dieses Ministerium hatte die Bedingungen zu schaffen, durch die die Entstehung und Entwicklung einer polnischen Handelsmarine ermöglicht wurde. Vor allen Dingen hatte es folgende Aufgaben zu lösen: 1. Organisierung der Küstenbehörden. 2. Schaffung einer Marinegesetzgebung. 3. Bau eines eigenen Hafens. 4. Vorbereitung des Marineschulwesens. — Gegenwärtig besteht ein Handelsmarineamt in Pommerellen (Wejherowo) und eins in Danzig. Es sind drei Häfen vorhanden: in Gdingen, auf Hela und in Putzig. Die Marineschule in Dirschau wird von 125 Schülern besucht, die aus allen Gebieten Polens stammen. Der Schule steht ein eigenes Schulschiff zur Verfügung („Lwów"), das gegenwärtig gerade in fremden Gewässern auf Fahrt ist. Aus der Besatzung des Schulschiffs werden nach Beendigung der gegenwärtigen Fahrt die ersten von der Marineschule diplomierten Offiziere hervorgehen.

Eine politische Rede Dmowskis.

In einer Sitzung der Sejmfraktion des nationalen Volksverbandes hielt Roman Dmowski eine große politische Ansprache, in der er die gegenwärtige Lage kennzeichnete und die Ursachen der finanziellen Krise beleuchtete. Er versicherte, daß die Regierung jetzt den richtigen Weg beschritten hat und das Ziel der Sanierung der Finanzen erreichen wird, wenn nur die Bevölkerung diese Arbeit nicht stört und der Regierung Zeit läßt zur Durchführung der begonnenen Reformen.

Eine Interpellation der deutschen Sejmabgeordneten

über falsche Informierung der Ministerien durch die Unterbehörden.

Die Abgeordneten Graebe und Genossen haben sich an den Ministerpräsidenten mit folgender Interpellation gewandt:

„Auf unsere Interpellation in den Fällen Janentz, Lemke, v. Koerber vom 27. 4. 23 haben wir unter dem 18. 7. 23 eine Antwort erhalten, aus der klar hervorgeht, daß das Ministerium von den nachgeordneten Behörden falsch informiert worden ist.

1. **Fall Janentz.** Da die Staatsangehörigkeit des Herrn J. umstritten ist, hat dieser vor 5 Monaten den vom Staatsangehörigkeitsgesetz vom 29. 1. 20 und den ergänzenden Gesetzen und Verordnungen vorgeschriebenen Instanzenweg beschritten, um dieselbe feststellen zu lassen. Die letzte Entscheidung hat das Oberste Tribunal zu fällen. Dieser Entscheidung ist durch die Ausweisung vorgegriffen worden. Wie verträgt es sich mit der Autorität des Obersten Gerichts, wie überhaupt mit den Rechtsgrundlagen eines Rechtsstaates, wenn eine Verwaltungsbehörde der durch die Gesetze gegebenen Entscheidung der Gerichte vorgreift? Wird das zugelassen, so ist der Willkür der Verwaltungsbehörde in Polen Tür und Tor geöffnet. Dann kann jedem einzelnen durch die Behörden, wenn es ihnen gerade paßt, das Bürgerrecht bestritten, und jeder Einzelne sofort ausgewiesen werden, **ohne daß ihm die Möglichkeit verbleibt**, den Schutz der verfassungsmäßig garantierten Rechte, insbesondere den Schutz des Staatsangehörigkeitsgesetzes in Anspruch zu nehmen. Es herrscht dann nicht Recht und Gesetz in Polen, sondern die Laune einzelner Verwaltungsbehörden.

Neu ist auch die Auffassung, daß ein Diensteid als Staatsbürger nur „auf Zeit" geleistet wird, und nur den einen Kontrahenten, den Beamten, nicht aber den anderen, den Staat, bindet. Die Lästigkeit des in festem Dienstverhältnis stehenden Herrn J. wurde damit begründet, er sei „nicht qualifiziert als Hauslehrer", nachdem Janentz fast ein Jahr an einer öffentlichen Schule zu voller Zufriedenheit seiner Vorgesetzten unterrichtet hatte und freiwillig ausgeschieden war! —; er sei „in vorgerücktem Alter" und „besitze kein Vermögen".

Diese Begründung der Ausweisung erscheint ebenso eigentümlich, wie der Umstand, daß man Herrn Janentz, der entweder polnischer oder estnischer, keinesfalls aber deutscher Staatsbürger ist, was dem zuständigen Starosten bekannt war, zwangsweise über die deutsche Grenze gebracht hat.

Herr Janentz beschwert sich bei uns, daß die Wojewodschaft in Thorn, bei der gemäß den Vorschriften des Staatsangehörigkeitsgesetzes sein Antrag auf Feststellung seines polnischen Staatsbürgerrechtes seit über 4 Monaten (seit 26. 3.) liegt, nicht antwortet, obwohl er eine Empfangsadresse in Polen angegeben hat.

2. **Fall Lemke.** Von den nachgeordneten Behörden ist die Sache so dargestellt worden, als sei Fräulein Lemke vor 1920 nicht in Polen gewesen, sondern erst im Januar 1920 gekommen. Dies behauptet ein Schreiben des Herrn Außenministers vom 25. 6. 23, Nr. D. III. 4187, welches uns als Abschrift von Fräulein Lemke zur Verfügung gestellt ist. Dasselbe Schreiben behauptet, sie habe sich definitiv im Juli 1922 nach Deutschland begeben und sich im Juli zu einem vorübergehenden Aufenthalte nach Polen zurückbegeben. Diese, dem Ministerium gegebenen Informationen, sind falsch. Fräulein Lemke ist seit langen Jahren in der Saatgutwirtschaft Nowe Jankowice tätig. Die von ihr eigenhändig geführten Bücher schon aus den Jahren 1917/18 stehen uns als unwiderlegbare Beweisstücke zur Verfügung. Auch dem zuständigen Wojt ist dies bekannt, zumal er bei seinen vom preußischen Amtsvorsteher übernommenen Akten die Anmeldung von Fräulein Lemke aus dem Jahre 1917, einen alten Personalausweis von Fräulein Lemke aus den Jahren 1917/18 bewahrt. Auch den Behörden ist das alles gemeldet.

Im Jahre 1922 mußte Fräulein Lemke zu einer kurzen Kur wegen eines Nierenleidens vorübergehend nach Deutschland auf Urlaub reisen. Auch das ist der Starostei bekannt. Sie kam nach **Ablauf des Urlaubs zurück**, um ihre ungekündigte Stellung in der Saatgutwirtschaft dauernd beizubehalten. Ihre Ausweisung erfolgte nicht mit der Begründung, „mit Rücksicht auf die öffentliche Ordnung und Sicherheit", was ja auch bei einer Dame, die ganz ausschließlich für das Wohl der Landwirtschaft in Polen arbeitete, lächerlich gewesen wäre, sondern sie wurde damit begründet, daß Fräulein Lemke anderen Bewerbern, denen sie das Brot wegnehme, Platz machen müsse.

3. **Fall v. Koerber.** Von den nachgeordneten Behörden ist behauptet worden, Herr v. Koerber habe als Gutsvorsteher die aus Deutschland nach Nowe Jankowice zugezogenen Fremden nicht in das Melderegister eingetragen und ihnen dadurch den illegalen Aufenthalt in Polen ermöglicht. Er sei deshalb als Gutsvorsteher abgesetzt. Diese Behauptung ist aus den Fingern gezogen. Das Melderegister ist von den Behörden vor der Absetzung des Herrn v. Koerber überhaupt nicht eingesehen worden. Im übrigen ist es exakt geführt und enthält sämtliche Einwohner. Es steht uns als Beweismittel zur Verfügung. Es hat niemand in Nowe Jankowice illegal gewohnt. Das gesetzlich vorgeschriebene Disziplinarverfahren gegen Herrn v. Koerber ist nicht eingeleitet worden. Seine Absetzung ist ungültig.

Es hat den Anschein, als ob in den genannten Fällen nachgeordnete Stellen ein Interesse daran gehabt haben, dem Ministerium falsche Informationen zu geben, um sich zu decken.

Wir richten an den Herrn Ministerpräsidenten die Anfrage:

1. Ist der Herr Ministerpräsident bereit, die Nachprüfung der angeführten Fälle durch einen Vertreter des Ministeriums anzuordnen?
2. Was gedenkt die Regierung mit den Beamten zu tun, die durch falsche Informationen eine unrichtige Beantwortung unserer Interpellation vom 27. April veranlaßt haben?

Warschau, den 9. Oktober 1923. **Die Interpellanten.**

Zur Urteilsbegründung im Konitzer Prozeß

schreibt die in Dirschau erscheinende „Deutsche Zeitung für Pommerellen":

„Wer diese „Begründung" liest, glaubt einen Leitartikel des „Kurjer Poznański" vor sich zu haben:

„Die Deutschen, die von der Eroberung der Welt geträumt haben und im Jahre 1914 fast allen europäischen Mächten den Handschuh hingeworfen haben, haben, obgleich besiegt, nicht aufgehört, von Wiedervergeltung zu träumen, und entziehen sich auf alle mögliche Weise der Erfüllung der durch den Versailler Vertrag ihnen auferlegten Verpflichtungen. Insonderheit hören die Deutschen nicht auf, zu denken, von dem polnischen Staate diejenigen Provinzen wieder loszureißen, die sie zur Zeit der Teilungen Polens an sich gerissen haben, und auch denjenigen Teil von Oberschlesien, auf dem in geschlossener Masse eine polnische Bevölkerung wohnt, die durch wiederholte Aufstände bewiesen hat, daß sie zum (polnischen) Mutterlande gehören will."

Alles, was wir so gern hätten bewiesen sehen (daß der Deutschtumsbund geheime Verbindungen aufrechterhält), das gilt hier schon als gerichtskundige Voraussetzung. Wir hören im weiteren Text der Anklageschrift, daß die vorgenommenen Revisionen „untrüglich festgestellt" hätten, daß alle Bureaus „unter dem Kommando von Berlin" ständen. Und dies „Festgestellt" zieht sich in der Folge wie ein roter Faden durch die Anklageschrift, während jede Angabe von Beweisgründen fehlt. „Es ist festgestellt." Nicht „die von mir heranzitierten Zeugen, die beigebrachten Dokumente werden es dem Gericht wahrscheinlich machen", nein, „es ist festgestellt".

„Diese Organisation besitzt hier in Konitz ihr Bureau, dessen Leiter der bekannte Hakatist und Polenfresser war, der frühere Koch des Marschalls Hindenburg und der spätere Redakteur der hier erscheinenden Zeitung „Konitzer Tageblatt", Kurt Winkler, dem Spionage nachgewiesen ist und der gerade am Tage der Hauptverhandlung heimlich nach Deutschland flüchtete; aber auch von da unterhält er, wie festgestellt ist, beständige Fühlung mit dem Bureau des Deutschtumsbundes in Konitz und ist, wie festgestellt worden ist, jetzt in Berlin einer der hauptsächlichsten polenfeindlichen Agitatoren."

Kurt Winkler, junger Brausekopf und Don Juan, aber niemals, auch nicht einen Tag lang, Leiter des Deutschtumsbundes. Er floh, gerade als er wegen einiger Artikel im „Konitzer Tageblatt" über Schießübungen und Fliegerhorste, die er polnischen Zeitungen entnahm, vor den Richter treten sollte. Wir sagen: „als" und nicht „weil"; denn heute noch befände er sich wohl in Konitz, hätte er nicht aus persönlichen und völlig unpolitischen Gründen den Wunsch gehabt, zwischen sich und seine Konitzer Wirkungsstätte eine trennende Grenze zu legen. Hier liegt das „weil", das ein verzeihendes Lächeln abzwingt.

Scherff hat von dem Düsseldorfer Leiter eines Auskunftsbureaus für Auswanderer einen Fragebogen erhalten:

„Der Angeklagte Scherff erklärt, daß er diesen Brief von dem Angeklagten Kiedrowski erhalten hat, und gibt zu, daß er auf diesen geantwortet hat; was er geantwortet hat, ist sein Geheimnis — **aber man kann sich denken,** daß die von Scherff erteilten Auskünfte für die hiesigen Verhältnisse nicht schmeichelhaft waren."

„Es ist festgestellt", und „man kann sich denken"! Für die Öffentlichkeit — das müssen wir feststellen — ist aus diesem Prozeß, der geheim geführt wurde, noch nichts festgestellt, und die Öffentlichkeit, die nur Anklage und Urteil kennt, **kann sich noch gar nichts denken.**"

Die Militärdienstpflicht in Oberschlesien.

Am 30. September fand in Ligotz bei Kattowitz eine Versammlung der Insurgenten statt, auf welcher eine Reihe schlesischer Abgeordneter sowie Delegierter der Hauptverwaltung des Insurgentenverbandes in Kattowitz anwesend waren. U. a. hat die Versammlung folgende Entschließung angenommen:

„Die Versammlung verlangt vom Sejm, er möge schnellstens die Entschließung des schlesischen Sejm annehmen, die die Aufhebung des Beschlusses des Warschauer Sejm aus der Zeit des Aufstandes in Oberschlesien betreffend die Befreiung Oberschlesiens von der militärischen Dienstpflicht auf acht Jahre verlangt. Die oberschlesischen Insurgenten, welche auf anderen Tagungen die Einführung der militärischen Dienstpflicht in Oberschlesien verlangt haben, sehen im Beschluß des Warschauer Sejm, welcher den Militärdienst aufhebt, zwar den Willen, „der gequälten oberschlesischen Bevölkerung" gewisse Zugeständnisse durch die Befreiung vom Heeresdienst einzuräumen, fühlen aber gleichzeitig, daß, wenn sie in der Kampfarmee der Republik nicht dienen, sie zu den Bürgern zweiter Klasse zählen, die von vielen Rechten, welche der Militär-

---

Silvester Bruhns Tochter.

Ein hanseatischer Kaufmannsroman von Günter v. Hohenfels.

(17. Fortsetzung.)

„Und wenn dieser feige erbärmliche Mörder, wie Du ihn nennst, mein Vater war?"

„Johanna, ich bitte Dich, quäle Dich nicht. Es ist unmöglich."

Sie beharrte.

„Und wenn er es doch war?"

Silvio war jetzt bleich, während rote Glut in Johannas Gesicht loderte.

„Dann wünschte ich, der unselige Tunnel wäre nie gebaut worden, und das Geheimnis des Kerkers hätte für immer geschlummert."

„Das wünschest Du, der Sohn?"

Er lächelte wehmütig.

„Mein Vater ist tot. Meine Mutter ist ihm längst gefolgt. Ich bin allein. Was nützt es mir und dem toten Vater, wenn ich jetzt nach so langen Jahren erfahre, wer der Mann ist, der ihn getötet? Und wenn, ich spreche es nur aus, weil Du selbst es getan, wenn es Dein Vater gewesen wäre, um so mehr würde ich wünschen, daß es nie wäre entdeckt worden."

„Das würdest Du wünschen?"

„Weil ich weiß, daß Dein Vater keines Mordes fähig ist; auch wenn er es tat! Johanna, warum sollen wir an das Andenken unserer Väter tasten? Mein Vater hatte wohl in manchem gesündigt, und — wenn Onkel Silvester ihn getötet haben sollte, dann hätte er es nur in der Macht des Jähzorns getan, und dann hätte sicher niemand ihn so strafen können, als sein eigenes Gewissen es in diesen Jahren getan."

„Das sagst Du?"

„Ja, Johanna!"

Sie schüttelte den Kopf. Ein halb wehmütiges, halb mitleidiges Lächeln spielte um ihren Mund.

„Armer Silvio, wohin führt Dich Deine unselige Liebe zu mir!"

„Ja, Johanna, ich liebe Dich. Du weißt es. Ich habe Dich geliebt von der Stunde an, in der ich zu denken begann, seit unserer Kindheit. Du weißt es. Wie wäre es möglich, daß ich aufhören könnte, Dich zu lieben? Und wenn all das Entsetzliche wahr wäre, wenn Onkel Silvester in augenblicklicher Geistesverwirrung getan hätte, was sie sagen, kannst Du dafür? Soll ich darum aufhören, Dich zu lieben?"

Noch immer senkten ihre ernsten Augen sich in die seinen.

„Du würdest es wagen, mich zu heiraten, auch wenn die Schuld meines Vaters erwiesen würde?"

„Vor aller Welt würde ich Deine Hand fassen, und ich weiß, wenn mein Vater es sehen könnte, er würde es billigen, denn, wenn er auch leichtsinnig war, er war gut, und er hatte Dich lieb."

Einen Augenblick sah sie ihn an, dann faßte sie mit beiden Händen seine Hand.

„Du! Du!"

Dann ließ sie ihn frei.

„Ich darf es Dir nicht erlauben, so zu mir zu sprechen."

„Warum, Johanna, hat Dein Vater es Dir verboten?"

Sie schüttelte den Kopf.

„Verboten nicht. Vielleicht hätte ich mich aufgelehnt gegen einen Zwang, aber es war die letzte Bitte meines toten Vaters."

Silvio schrie auf.

„Onkel Silvester ist tot?"

Sie war wieder bleich und ihre Glieder zitterten.

„Ich bin überzeugt, daß er in dieser Sturmnacht stirbt."

„Johanna, Du bist überreizt. Du mußt versuchen, zu ruhen — Du—"

Leise fuhr sie fort:

„Er kehrt nicht wieder; ich weiß es, und es war seine letzte Bitte —"

Silvio trat an sie heran.

„Johanna, ich weiß, Onkel Silvester mochte mich nicht."

Sie wehrte ab, aber er fuhr fort:

„Er mochte mich nicht, weil er mich nicht kennt. Es mag sein, daß er es nicht weiß, daß ich mich als Bruhns fühle, und daß ich ihm vielleicht ähnlicher bin als dem Vater. Er verargt mir die Bank, in der ich arbeite, und doch weiß ich, daß er mir den Platz in seinem Kontor nicht gegeben hätte. Ich bin ihm ein Dorn im Auge. Aber vielleicht ist es auch anders. Wenn wirklich, was ich nie glaube, der Streit der Brüder ein so furchtbares Ende genommen, vielleicht war ihm mein Anblick eine Qual. Ich will jetzt von Dir keine Antwort. Gewiß will ich Dir in dieser Stunde nicht neue Schmerzen auferlegen oder von Dir verlangen, daß Du eine Bitte Deines Vaters mißachtest. Aber ich mußte zu Dir kommen, um Dir zu sagen, ich bin an Deiner Seite. Und Du sollst wissen, daß ich Dich liebe mit aller Kraft, der ich fähig bin, und daß ich Dich immer lieben werde, mag kommen, was will, und daß ich Dir so unendlich gern helfen möchte in dieser schweren Stunde!"

Er streckte ihr seine Hand entgegen, und sie legte die ihre hinein. Nun war ihre Stimme ganz weich, als sie sagte:

„Ich danke Dir, Silvio. Ich danke Dir, Du Guter, für dieses Wort und werde Dir dankbar sein, auch wenn ich Dir nie wieder erlauben darf, so zu mir zu sprechen. Und nun bitte geh. Ich bin ganz allein im Hause, und es ist Nacht."

„Ganz allein — die Dienstboten?"

„Die Ratten haben das Schiff verlassen."

„Wenn Dir etwas geschieht?"

Sie war wieder bitter.

„Unbesorgt, selbst ein Verbrecher scheut das Mordhaus."

„Johanna —"

„Laß gut sein. Ich denke, ich bin eine Bruhns und werde schon mit mir und der Welt fertig. Gute Nacht, lieber, lieber Silvio."

Er wollte den Arm um sie legen, aber sie entzog sich ihm.

„Bitte — nicht so — ich werde jetzt hinaufgehen und an meinen Vater denken."

„Und wenn er zurückkehrt, wenn alle Zweifel sich lösen?"

Sie schüttelte traurig den Kopf.

(Fortsetzung folgt.)

dienst zugesteht, ausgeschlossen werden. Außerdem sind die Insurgenten davon überzeugt, daß die Einführung des Militärdienstes in Oberschlesien die ganze Wojewodschaft von den staatsfeindlichen Elementen und solchen Personen, welche sich in Oberschlesien zwecks Entziehung vom Heeresdienst verbergen, säubern würde."

Die Regierung und die Staatsbeamten.

„Nasz Przegląd" berichtet: Am 9. Oktober richtete das Präsidium des Zentralverbandes der Staatsangestellten an die Klubs der Mehrheit, die die Vermittelung zwischen den Beamten und der Regierung übernommen hatten, ein Schreiben mit dem Ersuchen, den Beamten die Antwort der Regierung bis 6 Uhr abends mitzuteilen. In der Antwort erklärte Ministerpräsident Witos, er könne den Beamten Hilfe nur gewähren in den von der Statistischen Kommission festgesetzten Grenzen. Darüber hinaus ist Hilfe nur in natura (in Form von Kohle, Kleidung) möglich. Von der Auszahlung einer Beihilfe in Höhe des Gehalts von zwei Monaten könne keine Rede sein.

Sejmmarschall Rataj drückte seine Zweifel darüber aus, ob die Beamten im allgemeinen eine Beihilfe verlangen könnten, und empfahl, die Angelegenheit der Regierungskommission zu überweisen. In einer Sitzung kritisierten die Sozialdemokraten die Antwort, die Ministerpräsident Witos seinerzeit den Beamten gegeben hat („Machen Sie, was Sie wollen"). Aus dem Sejm begab sich die Beamtenabordnung in das Lokal des Lehrervereins. Die Beamten beschlossen, einen Appell an den Sejm zu richten, worin um Berücksichtigung ihrer Forderungen gebeten wird. Der Vorsitzende des Komitees erklärte den Versammelten, daß er jede Verantwortung für das weitere Vorgehen ablehne.

Aus der polnischen Presse.

Erster Klasse.

Aus einer Plauderei im „Kurjer Warszawski":

„Der Zug setzte sich in Bewegung, und der Kontrolleur betrat das Abteil. Es erwies sich, daß sämtliche Fahrgäste erster Klasse im Besitz von Freifahrtscheinen waren. „Aha, also darum haben Sie die hundertfache Erhöhung der Fahrpreise befürwortet," sagte ein älterer Herr zu seinem Gegenüber. „Na, Sie zahlen ja auch nicht . . ." „Freilich, aber mir hängen diese Freifahrtscheine schon zum Halse heraus. Sie ruinieren mich ganz und gar. Hören Sie selbst: Meine Stellung berechtigt mich zur Entgegennahme von vier Freifahrtscheinen im Laufe des Sommers für mich und für meine Frau. Wenn man Freifahrtscheine bekommt, muß man natürlich auch fahren. Wohin, das ist gleich. Da es nichts kostet, — möglichst weit. Also fuhren wir das erste Mal nach Lemberg, von dort nach Borysław. Die Fahrt hatten wir umsonst. Aber was die Hotels und Restaurants kosteten — hohoho! Wir kehrten ohne einen Pfennig zurück. Als eine Zeit vergangen war, sagte meine Frau: „Wir haben noch drei Freifahrtscheine, die können doch nicht verloren gehen." Eigentlich hat sie Recht, denke ich. So fuhren wir nach Danzig. Das Ergebnis war dasselbe. Später reisten wir nach Baranowicze, nach Stolpcy, jetzt nach Teschen . . . Es ist nur gut, daß unsere Freifahrtscheine jetzt alle abgefahren sind."

Die Unterhaltung wurde lebhafter. Man hatte ein gemeinsames Thema gefunden.

„Auch ich," — sagte ein anderer Fahrgast — „habe viermal im Jahre Freifahrtscheine, und während der übrigen Zeit darf ich für ein Zehntel des tarifmäßigen Preises fahren so viel ich will. Na, also fahre ich. Unter meinen Bekannten ist ein Sejmabgeordneter. Da machen wir die Sache folgendermaßen: Wir sitzen in einer Kneipe in Warschau, essen unser Schnitzel, trinken unser Bier, — die Sache wird uns langweilig. Mein Abgeordneter sagt: „Hier haben wir nichts mehr zu suchen. Wir müssen das Lokal wechseln." — „Schön," sage ich, „aber wohin werden wir gehen?" — „Weißt Du was?" sagt mein Abgeordneter, „gehen wir auf den Bahnhof. Wir steigen in den ersten besten Zug ein, lassen unser Abteil verschließen, verbringen die Nacht im Zuge und erwachen am Morgen wo Gott will. Vielleicht in Wilna, vielleicht in Danzig, vielleicht wo anders." Na, und so haben wir es schon wiederholt gemacht. Wir steigen ein, ohne nachzusehen, wohin der Zug geht, strecken uns auf den Sofas aus und wetten, wo wir am Morgen sein werden. Das macht manchmal Spaß. Ich sage zum Beispiel, daß wir nach Danzig fahren, er glaubt, wir seien im Schnellzug nach Lemberg, — und wir erwachen in Kattowitz. Dafür kenne ich jetzt auch schon so ziemlich alle Kneipen in ganz Polen."

Ein dritter Fahrgast berichtet: „Ich bin praktischer. Ich mache keine Reisen, um Kneipen zu besuchen, aber da ich Freifahrtscheine habe, reise ich, um einzukaufen. So habe ich mir selbst aus Wolhynien getrocknete Pilze mitgebracht, aus dem Zamojskigebiet Butter (halb so teuer wie bei uns), aus Pommerellen Fische . . . Da ich Freifahrtscheine habe, lohnt es sich für mich schon, um zehn Pfund Butter und ein viertel Pfund Hammelfleisch eine Reise zu machen."

Der Zug hält. Mit einem Koffer in der Hand versucht ein Reisender, das Abteil zu betreten. Protestrufe schallen ihm entgegen. „Aber, meine Herren," sagt der neue Fahrgast, „im ganzen Zuge gibt es nur zwei Abteile erster Klasse. Das andere Abteil soll reserviert sein. Ich war dort: auf dem einen Sofa schläft ein Reisender, auf dem anderen liegt ein Koffer und ein Regenschirm. Der Reisende, für den jenes Abteil reserviert ist, ist wahrscheinlich ein hoher Würdenträger mit einem Freifahrtschein." — „Unser Abteil ist auch reserviert! Wir haben alle dienstliche Fahrscheine." — „Aber wo soll ich denn hin mit meinem bezahlten Billett erster Klasse?" — „Suchen Sie sich doch einen Platz in der zweiten oder dritten Klasse!"

Der Reisende geht ratlos davon.

„So kann es einem gehen!" bemerkt der Reisende, der alle Kneipen in ganz Polen kennt. „Da hat sich ein Mensch eine Fahrkarte erster Klasse gekauft und sucht einen Platz. Das kann nur ein Schieber sein!"

Stinnes über die Wirtschaft Polens.

Der „Kurjer Codzienny" gibt die Unterhaltung eines polnischen Großindustriellen mit Stinnes wieder. Die Äußerungen von Stinnes stammen bereits aus dem Frühjahr. Der polnische Großindustrielle hat den deutschen Finanzmann im Auslande getroffen, der ihn nach den Gründen des Sturzes der polnischen Mark fragte. „Das Fallen der deutschen Mark ist selbstverständlich," sagte Stinnes, „denn unsere Valuta wird durch die politische Lage und den Kampf niedergedrückt. Aber bei Ihnen ist doch das etwas anderes. Sie haben Einkünfte aus verschiedenen reichen Quellen. Sie haben Getreide. Die Statistiken, die das Gegenteil behaupten, sind falsch. Sie stammen noch aus der Zeit der Teilung Polens, wo sich die Sozialisten ihrer gern bedienten, um die Notwendigkeit der Zwangswirtschaft zu begründen. Früher mußte man nach Galizien Mehl einführen, da das einheimische in die Mühlen Ungarns ging und Österreich von ihm lebte. Sie haben eine Unmenge Kohlen, Sie haben Kartoffeln, die Sie als einziger Staat in Europa exportieren können, Sie haben nach den kaukasischen Ländern und Rumänien das reichste Vorkommen an Erdöl, Sie haben schließlich genügend Holz und versorgen fast ganz Europa. Und unter diesen Bedingungen wissen Sie sich keinen Rat? Wenn wir an Ihrer Stelle wären, wir wären das reichste Land Europas. Und Sie? Gibt es bei Ihnen nur lauter Diebe?"

Der deutsche Geschäftsträger bei Poincaré.

Der deutsche Geschäftsträger, Botschaftsrat v. Hoesch, ist am Mittwoch vormittag von Poincaré empfangen worden. Die Unterhaltung dauerte etwa eine halbe Stunde von 11 bis $11\frac{1}{2}$ Uhr. In Pariser unterrichteten Kreisen wird hervorgehoben, daß Poincaré den diplomatischen Vertreter der deutschen Republik mit einer über korrekte Höflichkeit hinausgehenden Liebenswürdigkeit empfangen habe.

Das Ministerium des Außeren hat folgendes Communiqué über die Unterhaltung ausgegeben: Poincaré empfing heute vormittag um 11 Uhr den deutschen Geschäftsträger, Herrn v. Hoesch, der bei ihm einen Schritt von der gleichen Art wie der in Brüssel unternommene Schritt gemacht. Die deutsche Regierung ersucht um Bildung einer Kommission, in der Delegierte Belgiens, Frankreichs und des Reiches über die mit der Einstellung des Widerstandes zusammenhängenden Fragen zu beraten hätten.

Herr Poincaré hat in Uebereinstimmung mit der Haltung, die ständig von der französischen Regierung beobachtet worden ist und im Einverständnis mit Belgien geantwortet, daß die Einstellung des Widerstandes zu regeln ist durch Abmachungen an Ort und Stelle zwischen den alliierten Behörden und den Bewohnern der besetzten Gebiete, daß diese Abmachungen überdies schon vor dem Abschluß oder vor der Ausführung stehen und daß es nicht geboten erscheine, diese rein lokalen Angelegenheiten zum Gegenstand von Verhandlungen zwischen Vertretern der Regierungen zu machen.

Zu diesem halbamtlichen Communiqué kann auf Grund zuverlässiger Auskunft berichtigend bemerkt werden, daß Poincaré nicht von den Bewohnern der besetzten Gebiete, sondern von Verhandlungen mit den deutschen Behörden im besetzten Gebiete und mit den dortigen Interessentengruppen gesprochen hat. Solche direkten Besprechungen zwischen der französischen und der deutschen Regierung würden natürlich unbeschadet der Zuständigkeit der Reparationskommission für die Regelung der Reparationsfrage stattfinden.

Aus der Tatsache, daß der deutsche Geschäftsträger fast eine halbe Stunde lang bei Poincaré blieb, wird geschlossen, daß sich die Unterhaltung nicht auf die Unterbreitung der deutschen Vorschläge und ihre Ablehnung durch Poincaré beschränkt hat.

Die Angriffe gegen die Großindustriellen.

(Von unserem Berliner Berichterstatter.)

Die heftige Aufregung, die infolge der von verschiedenen Großindustriellen des Rheinlandes und Ruhrgebietes mit General Degoutte begonnenen Verhandlungen entstand, hat sich als durchaus unbegründet erwiesen. Ein Teil der Zeitungen, die von Landesverrat schrieben, mußte jetzt seine Behauptungen zurücknehmen und die hinter der Großindustrie stehende Presse ist ihrerseits in der Lage, von Landesverrat zu sprechen, und zwar bei denjenigen Kreisen, die durch die unbefugte Veröffentlichung eines Schreibens der Industriellen an den Reichskanzler, das diese auf dessen eigenen Wunsch an ihn gerichtet hatten, die ganzen Mißverständnisse hervorgerufen hatten.

Von seiten der Großindustriellen wird in der „D. A. Z." erklärt: „Alle bisherigen Darstellungen sind falsch. Sie beruhen zum großen Teil auf Berichten der feindlichen Auslandspresse. Seit Sonntag befindet sich das gesamte Material, das heißt alle Berichte und Verhandlungsprotokolle, in den Händen der Regierung."

Auch von amtlicher Regierungsstelle wird erklärt, daß die Angriffe eines Teils der Presse gegen den Bergbauverein völlig unberechtigt sind. Die Regierung hält es für selbstverständlich, daß die Wirtschaft des besetzten Gebietes sich mit der Frage befaßt, wie die Wiederaufnahme der Arbeit vor sich gehen solle. Daß bei dieser Angelegenheit und angesichts des unglaublich schnellen weiteren Sturzes der Mark, der am Mittwoch nachmittag zu einem Dollarstande von etwa 5 Milliarden geführt hatte, Eile am Platze ist, das sollte jedem der gesunde Menschenverstand sagen. So war es ganz selbstverständlich, daß sofort, nachdem Stresemann die Einstellung des passiven Widerstandes verkündet hatte, die Industrieführer an Verhandlungen mit den Besatzungsbehörden dachten. Vorher suchten sie jedoch, bereits am Mittwoch vor acht Tagen, eine Besprechung mit dem Reichskanzler. In diesen Tagen stand gerade die Krise in voller Blüte. Es war dem Reichskanzler unmöglich, die wichtigen und zeitraubenden Besprechungen mit den Industriellen anzusetzen, ehe er seine Regierung gebildet und damit festen Grund unter den Füßen hatte. Somit fällt die ganze Verantwortung für das Versagen der Regierung in diesem Falle unleugbar auf die Parteiführer, die in einer so schwierigen Lage Urheber einer Krise wurden. Die Parteiführer ihrerseits rechtfertigen sich damit, daß eben äußerst wichtige Fragen politischer Natur, die mit dem passiven Widerstand und der Aufgabe des Widerstandes zusammenhingen, zur Diskussion standen und daß die Stellung der Parteien zu diesen halb politischen Fragen, wie z. B. dem Achtstundentag, erst geklärt und ein entsprechendes Kabinett gebildet sein mußte, ehe die Regierung mit den Industrieführern verhandeln konnte. Jedenfalls trägt weder die Regierung Stresemann noch die Industrie die Schuld, daß eine Besprechung vor Aufnahme der Verhandlungen mit den Franzosen nicht stattfinden konnte.

Die hauptsächlichsten Vorwürfe, die von der Presse und vor allem von der „Vossischen Zeitung" gegen einen Teil der Großindustriellen gerichtet wurden, sind jedenfalls hinfällig. Nur auf Grund von französischen Darstellungen war behauptet worden, daß die Industrieführer und vor allem Hugo Stinnes, gegen den sich speziell die Angriffe der „Vossischen Zeitung" richten, General Degoutte um französische Hilfe ersucht hätten, um die Arbeitszeit im Kohlenbergbau zu verlängern. Dies ist aber eine Entstellung der Tatsachen, denn wie die „B. Z. am Mittag" von unterrichteter Seite erfährt, hat sich die Sache so abgespielt, daß der Großindustrielle Klöckner, als er die Frage der Arbeitszeit berühren wollte, von General Degoutte mit einer abweisenden Bemerkung unterbrochen wurde. Darauf bat Herr Klöckner, ihn doch ausreden zu lassen. Er habe eben betonen wollen, daß die Regelung der Arbeitszeit eine rein innerdeutsche Angelegenheit sei, auf die er bei diesen Verhandlungen mit General Degoutte nicht eingehen könne. Somit erledigt sich die Verleumdung, daß die Wirtschaftsführer die Hilfe der Franzosen gegen ihre eigenen Arbeiter nachgesucht hätten.

Der andere Vorwurf war der, daß die Großindustriellen dem Reichskanzler in einem Schreiben ihre Forderungen hätten diktieren wollen. Hierüber konnte schon die Erklärung des Innenministers Sollmann im Reichstag aufklären. Die Sache liegt so, daß auf Wunsch des Kanzlers ihm seitens der Industrieführer in einem persönlichen Schreiben eine Darlegung der Punkte übermittelt wurde, über welche die Verhandlungsführer Instruktionen der Regierung zu besitzen wünschen. Dieses Schreiben enthält keinerlei ultimative Forderungen. Eine Abschrift kann nur durch eine Indiskretion eines Beamten in unberufene Hände gelangt sein. Das Schreiben war schon am Sonntag der Reichskanzlei zugegangen. Die „Kölnische Zeitung" erklärt, man müsse es bedauern, daß die Regierung sich nicht bemüht habe, mit einer richtigen Darstellung der Denkschrift dem Zerrbilde zuvorzukommen, das eine parteipolitisch eingestellte Presse von der Sachlage entworfen habe. Dr. Stresemann habe in seiner kurzen Amtszeit schon zur Genüge die Erfahrung machen können, daß die Beflissenheit, mit der gewisse Kreise der Linken — fast mehr noch in der bürgerlichen als in der sozialdemokratischen Presse — seine Politik zu verteidigen versuchen, ihm nur zum Schaden gereiche und daß er Grund hätte, zu sagen: Kommt, schützt mich vor meinen Freunden.

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat sich in einer besonderen Sitzung mit der Hetze gegen die Großindustriellen beschäftigt und den Beschluß gefaßt, daß die Fraktion einstimmig zu der Überzeugung gelangt sei, daß die gegen Stinnes und Dr. Vögler (der Name Klöckners wird nicht genannt) gerichteten Angriffe unbegründet sind und daß die Verhandlungen von Anfang an in loyalem Mitwirken mit der Reichsregierung und durchaus in deutschem Sinne geführt worden seien.

Von anderer Seite wird aber darauf hingewiesen, daß allerdings rein wirtschaftliche Abmachungen der Industrie durchaus berechtigt seien. Nach Einstellung der Ruhrkredite war die Industrie gezwungen, mit den Franzosen Fühlung zu nehmen, um große Verluste zu vermeiden. Neben diesen rein wirtschaftlichen Bestrebungen aber gingen auch politische und gegen dieses Eingreifen der Wirtschaftsführer in die Politik oder, wie man auch sagen hört, die Benutzung der Politik im Dienste der Wirtschaftsführer, dürfte sich Reichskanzler Stresemann demnächst vor den Reichstag wenden, um den Grundsatz vom „Primat des Staates gegenüber der Wirtschaft" zur Anwendung zu bringen.

Von rechtsstehender Seite findet man Anlaß, von neuem darauf hinzuweisen, daß auch in diesem Falle der Parlamentarismus vollständig versagt habe. Wegen der Regelung der Parteikonstellationen sei Deutschland sechs Tage lang regierungslos gewesen. Alle Maßnahmen, auch die dringendsten, mußten sechs Tage hinausgeschoben werden, und die Industrieführer waren demnach geradezu gezwungen, nach eigener Verantwortung zu handeln.

Das Ermächtigungsgesetz im Reichstag.

Am Dienstag wurde, abgesehen von den schon erörterten Angriffen gegen die Verhandlungen der Großindustrie und den Vertrag des Frankfurter Eisenhändlers Otto Wolff, des Besitzers der Phönix- und Rheinstahlwerke, mit den Franzosen, hauptsächlich über Wirtschaftsfragen und vor allem über das vorgeschlagene Ermächtigungsgesetz gesprochen. Von einem Abgeordneten des Zentrums wurde betont, daß das Ermächtigungsgesetz die Diktatur des Großkapitals gebrochen und gegen das Kartellunwesen scharf vorgegangen werden solle, zur Vermehrung der Produktion werde nicht lediglich die Verlängerung der Arbeitszeit dienen. Vor allen Dingen müssen die Unkosten der Produktion vermindert werden. Die Überorganisation müsse ein Ende nehmen, im Staat wie in der Privatwirtschaft. Es müssen wieder mehr Menschen der produktiven Arbeit zugeführt und der Verwaltung entzogen werden. Das Steuersystem muß reformiert werden, da viele Steuern nicht die Kosten ihrer Erhebung einbringen.

Der bayerische Gesandte von Prager erklärte, die bayerische Regierung vermöge dem vorgeschlagenen Ermächtigungsgesetz nicht zuzustimmen. Sie trage Bedenken, in die Hände der Reichsregierung in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung so weitgehende Vollmachten zu legen, zumal diese sich nicht einmal auf dasjenige Gebiet mit erstrecken sollen, auf dem sie am notwendigsten wären.

In der Abstimmung wurde der Antrag, das Gesetz einem Ausschuß zur Beratung zu überweisen, abgelehnt. In der Frage der Erwerbslosenfürsorge wird ein Kompromißantrag des Zentrums angenommen, die Leistungen der Erwerbslosenfürsorge aus der Ermächtigung herauszunehmen. Sämtliche anderen Abänderungsanträge, unter anderem ein Antrag der Deutschnationalen, die Diäten der Abgeordneten zu streichen, wurden abgelehnt. Sodann wird das Ermächtigungsgesetz in zweiter Lesung unverändert angenommen; die dritte Lesung muß jedoch auf Donnerstag verschoben werden, da gegen die sofortige Behandlung Widerspruch erhoben wurde.

Vor der Auflösung des Reichstages.

Wie die letzten Telegramme melden, konnte auch am Donnerstag das Ermächtigungsgesetz nicht verabschiedet werden. Da das Gesetz gewisse Paragraphen der Verfassung aufhebt, so ist Zweidrittelmehrheit, das heißt die Anwesenheit von 306 Abgeordneten, erforderlich. Kommunisten und Deutschnationale erklärten nun, daß sie den Beratungssaal verlassen würden, sobald das Gesetz zur Abstimmung kommen solle. Der Reichskanzler erwiderte hierauf, daß er vom Reichspräsidenten Ebert ermächtigt sei, im Falle das Gesetz nicht die nötige Mehrheit erlange, sofort den Reichstag aufzulösen. Auf Antrag des Zentrums wurde die endgültige Abstimmung auf Sonnabend vertagt.

** **Erhöhung der deutschen Eisenbahntarife.** Aus Berlin wird gemeldet: Von Sonnabend, 13. Oktober, an wird die Schlüsselzahl der Eisenbahntarife im Personenverkehr 120, im Güterverkehr 350 Millionen betragen. Bei dieser Erhöhung ist die außerordentliche Geldentwertung der letzten Tage noch nicht berücksichtigt.

** **Abberufung General von Lossows?** Es verlautet, daß der Reichswehrminister den Kommandierenden des Wehrkreises München, General von Lossow, abzuberufen gedenkt. Die Meldung ist noch nicht bestätigt, doch erklärt man in München, daß sie wahrscheinlich ist, und befürchtet eine neue Komplikation der Beziehungen zwischen Bayern und dem Reich aus eine derartigen Maßnahme.

** **Generalstaatskommissar v. Kahr gegen die Banken.** Wie amtlich aus München verlautet, haben die wirtschaftlichen Besprechungen beim Generalstaatskommissar ergeben, daß die Säumigkeit der Banken mit der Gutschrift der bei ihnen eingezahlten Beträge und der hohen Bankzinsen eine wesentliche Mitschuld an den sich überstürzenden Preisforderungen tragen. Wenn die Banken nicht aus freien Stücken Zugeständnisse machen, ist ein Eingreifen des Generalstaatskommissars beabsichtigt.

** **Kommunistenverhaftungen in Breslau.** In Breslau wurde eine größere Anzahl von Kommunisten verhaftet, darunter Mitglieder der Bezirksleitung Schlesiens der kommunistischen Partei, sowie Bureaupersonal und Angestellte der „Schlesischen Arbeiterzeitung". Die Festnahme steht im Zusammenhang mit der kommunistischen Propaganda zum Zweck der Einsetzung einer Arbeiter- und Bauernregierung in Deutschland.

Erstklassiges Wein- u. Spirituosen-Versandhaus
NYKA & POSŁUSZNY
Telephon 1194 **Poznań** Wrocławska 33/34
Vereidigte Meßweinlieferanten
(vinum consecrabile)
fachmännische, gewissenhafte und zufriedenstellende Bedienung.

Achtung! Die neuesten Modelle für Damenhüte besitzt nur d.
Hutfabrik H. Nejsser, Skarbowa 17, part.
Nach diesen Modellen werden Damen-, Herren- u. Kinderhüte fachmännisch schnell umgepreßt u. gefärbt.
Offeriere **moderne Linonformen,** sowie **sämtliche Saisonneuheiten.**

Dywan Poznań, ul. Wrocławska 20
Spezial-Teppich-Haus
empfiehlt
Teppiche, Läufer, Linoleum usw.
Riesenauswahl. — Tel. 37-49. — **Mäßige Preise.**

Ich biete zu günstigen Preisen und zur sofortigen Lieferung an:
Kartoffel-Erntemaschinen, -Sortiermaschinen, -Waschmaschinen,
Rübenheber.
Paul Seler, Poznań, ul. Przemysłowa 28.

Kaufe Pianinos, zahle höchste Preise.
Offerten an **Wielkopolska Agencja Reklamy, św. Marcin 40,** mit **Preisangabe.**

Roßschwanzhaare, Hasen-, Fuchs-, Marder- Jltis- u. Fischotterfelle
kaufe und zahle höchste Preise.
Poznań, Szewska 15.

Am 20. Oktober d. Js. stellen zirka
70 Stücke Mastvieh
auf **Zunahmegewicht** ein. **Schlempe** und **Trockenmast** nach Wunsch. Interessenten wollen sich melden (9489
Dom. Książek, pow. Śrem.
Dortselbst wird gebrauchte **Feuerspritze** zu **kaufen gesucht** und um Offerten gebeten. Zu **verkaufen 2 dreijährige pr. Merinoböcke.**

Eingetr. Hochzucht
des
deutschen veredelten Landschweines
Stamm-Eber und **Sauen** auf **Ausstellungen** der D. L. G. vielfach **prämiiert** gibt **laufend**
Sauen u. Eber
ab, 3 Monate alt aufwärts. Nachzucht des **importierten Ebers Goke** (eingetragen in das **Eliteherdbuch Hannover** und des **Ebers Ritter 111.**
Günther Modrow, Bączek, p. Skarszewy, Pomorze.

Ausschneiden! Ausschneiden!

Postbestellung.

An das **Postamt**

in

Unterzeichneter bestellt hiermit
1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für den Monat Oktober 1923

Name ....
Wohnort ....
Postanstalt ....
Straße ....

Johannes P. Uhlitzsch Danzig und Königsberg
Wäsche-Fabrik.
Telegr.-Adr.: **Jopuhl, Danzig,** Tel. 5748. **Jopuhl, Königsberg,** Tel. 8135.
Kontor und Lager { in **Danzig:** Altstädtischer Graben 19/20, in **Königsberg:** Weidendamm 4
unterhält für seine Firmen:
Wäschefabriken Gebr. Simon, G. m. b. H., Aue u. Berlin,
J. S. Glaeser jun., Strumpfwarenfabr., Chemnitz-Schönau,
in **Danzig und Königsberg bedeutendes Lager** in den gangbarsten Qualitäten und bittet um **Lagerbesuch** oder **Anfrage.**

Die Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A., Poznań, ul. Zwierzyniecka 6, Abteilg.:
Versand-Buchhandlung
liefert jetzt direkt an die Besteller folgende neue Werke:

Ferrero, Die Tragödie des Friedens. Von Versailles zur Ruhr.
Prof. Hermann, Berthold Delbrück. Ein Gelehrtenleben aus Deutschlands großer Zeit.
Hellmann, über den Ursprung der volkstümlichen Wetterregeln.
Glupe, Schule des Drehers.
Geschichte der Philosophie mit Einzeldarstellungen.
Schleiermacher, über die Religion.
Roehle, Als Flüchtling um den halben Erdball.
Westkirch, Der Mann mit der Maske. Roman.
Jobst, Nimm das Leben wie den Tag. Roman.
Jahn. Die Liebe des Severin Imboden. Roman.
v. Harnack, Erforschtes u. Erlebtes. Reden u. Aufsätze.
Burkes, Wiltfeber. Roman.
Burkes, Katte. Schauspiel.
Harden, Deutschland, Frankreich, England.
Sommer, Unter dem Selbstherrscher. Roman.
Dr. Volkmann, Das Problem des Moralunterrichts.
Prof. Dr. Voigt, Der Streik im Lichte der Gegenwart.
Prof. Dr. Voigt, Das Volksvermögen vom Standpunkt der Volksgemeinschaft.
Dr. Rheden, Die wichtige Belichtung. Betrachtungen und Behelfe, mit 6 Abbild. im Text.
Zaepernick, Die Praxis des Vergrößerns, mit 36 Abb.
Baumann, Alte Prophetenstimmen in neuer Zeit.
Markus, Don Quichottes Enkel. Roman.
Markus, Zwischen den Zeilen. Roman.
Deutsche Männer, 50 Charakterbilder v. Robert Hessen.
Ribot, Die Psychologie der Aufmerksamkeit.
Ribot, Die Schöpferkraft der Phantasie.
Le Bon, Die Psychologie der Massen.
Helios, Klassiker.
Seidel, Leberecht Hühnchen oder Geburtstagsfeier im Schrebergarten.
Gältke, An der großen Straße. Balladen zur Laute, geschrieben und gesungen. Text-Ausgabe.
Prof. Dr. Kisch, Fachausdrücke d. physikalischen Chemie. Ein Wörterbuch.
Stillich, National-Ökonomie III. Theorie des Tausches.
Schwab, Gespräche der Genies über die Menschheit.

Arbeitsmarkt

Zur **Leitung unserer Buchhaltung** suchen wir einen
bilanzsicheren Kaufmann
mit guter Vorbildung.
Danziger Siemensgesellschaft
Poznań, ul. Fredry 12.

Obermüller,
zuverlässig, mit guten Zeugnissen u. Kenntnis im Mühlenbau
sucht zum baldigen Antritt
Kornhaus Pelplin.

Stellengesuche

Gutsinspektor
Oberschl., 28 J. alt, verh., kein Kind, an strenge Tätigkeit gewöhnt, Offizier, **sucht Dauerstellung.** Off. an Oberinsp. **Heintze, Ruda O.-S.**

Jg. Landwirt, der die Lehrzeit beendet, **sucht Stellung** als **Assistent** oder **zweiter Beamter** auf groß. Gut. Gefl. Angeb. unt. **T. 9468** a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Junger Landwirt der seine Lehrzeit beendet, s. Stell. als **2. Beamter** oder auch unterm Chef zum 1. 4. 24 oder auch früher. Ang. u. **9483** a. d. Geschst. d. Bl. erbeten.

Mühlenfachmann
sucht Beteiligung u. Leitung, wenn auch mittlerer Mühle, oder zum Kauf derselben Teilhaber, die ihr Geld in Roggenwährung anlegen wollen. Erstkl. Zeugnisse u. Referenz. stehen zur Verfügung. Ang. u. **9496** a. d. Geschst. d. Bl.

Kontokurrent-Buchhalterin
mit Lohnwesen vertraut, nur der deutschen Sprache mächtig, sucht per 1. 11. 23 Stellung. Gefl. Ang. u. **Z. 9460** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Durch Liquid. größ. Besitzung
sucht ein in allen Zweigen der Land- u. Forstwirtschaft sowie Brennerei u. Stärkefabrik best. vertr. Herr, m. Ia Refer., polnischer Staatsangehörig. **selbständ. Stellung** sogleich oder **1. Januar 1924.** Gefällige Angebote unt. **L. 9486** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Junges Mädchen,
aus bester Landwirtsfamilie, **sucht** zum **15. November d. Js.** oder später **Stellung** mit vollem Familienanschluß, ohne gegenseitige Vergütung, in kultiviertem Gutshaushalt zur **Erlernung der Wirtschaft.** Offerten erb. unt. **L. 9477** a. d. Geschäftsstelle d. Blattes.

Aug. Hoffmann,
Baumschulen, Gniezno
empfiehlt zur **Herbstpflanzung** sämtliche **Obst- u. Alleebäume,** auch **Pfirsich** und **Aprikosen, Heckenpflanzen Ziersträucher, Rosen** usw.

Ankäufe u. Verkäufe

Wir suchen antiquarisch baldigst zu kaufen:
Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivil- u. Strafsachen.
Sämtliche Bände.
Angeboten sehen entgegen **Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.,** Abt. **Versandbuchhandlg. Poznań,** Zwierzyniecka 6.

Kaufe engros zu Tagespreisen
alle Metalle,
wie Kupfer, Rotguß, Messing, Zink, Blei, alte **Akkumulatoren** u. **Akkumulatorenschlamm.** Off. an **A. Stóra, Poznań, Piekary 20/21** bei **Wagner.** (9495

Seit 15 J. besteh. ausgezeichnete **Handels-Gärtnerei** ist umständehalber sofort **zu verkaufen.** Pr. 8000 Doll. Gefl. Ang. u. **R. M. 9492** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Für Architekten!
Höchst selten:
Lacroux,
La Brique ordinaire,
feinstes architekton. Prachtwerk, 8 Bände, gebunden.
Groß Folio-Format, architektonisch farbige Kunsttafeln darstellend: Hotels, Privatbauten, Landhäuser, Villen usw. Pariser Ausgabe (franz. Text).
Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A. Poznań, Zwierzyniecka 6. Abt. **Versandbuchhandlg.**

Zum Verkauf:
Brühfaß zur Wäsche (Zink),
Gute Holzwaschwanne,
1 Trauerhut,
1 Oelgemälde.
Maleckiego 6, II r. Zu Hause 1—4 Uhr.

Wir bieten antiquarisch gut erhalten zum Kauf an:
162 Bände, gebunden,
Bibliothek der Unterhaltung und des Wissens.
Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A. Poznań, Zwierzyniecka 6. Abt. **Versandbuchhandlg.**

Wohnungen

Tausche meine 6 Zimmer-Wohnung
in **Rawicz,** 2. Stock, an der Promenade für eine **3—4 Zimmer-Wohnung** in **Poznań.** Komme für alle Unkosten auf. Off. u. **9494** an d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Mädchen vom Lande, evgl., 20 J. alt, sucht v. 1. 1. 23 Stellung als **Küchenmädchen** auf einem Gute. Ang. u. **8499** a. d. Geschst. d. Bl.

Spielplan des Großen Theaters.

Freitag,	den 12. 10., um 7½ Uhr: **„La Bohème“,** Oper von Puccini.
Sonnabend,	den 13. 10., um 7½ Uhr: **„Ballett-Abend“.**
Sonntag,	den 14. 10., um 7½ Uhr: **„Troubadour“,** Opfer von Verdi.

KINO Colosseum św. Marcin 65.
Achtung! Nur 4 Tage!
Vom 12. bis 15. Vom 12. bis 15.
Das machtvollste Werk der letzten Spielzeit:
„Das Haupt des Juarez“.
Ein sechsaktiges Drama, dessen Vorgänge sich auf dem Hintergrunde politischer Wirren abspielen, und das eine noch nie dagewesene Spannung hervorzurufen imstande ist.

Kirchennachrichten.

Kreuzkirche. Sonntag, 10: Gd. Greulich. — 11: Kgd. Ders.

Kreising. Sonntag, 3: Gd. Greulich.

St. Petrikirche. (Evangel. Unitätsgemeinde.) Sonnabend, 6: Wochenschlußgottesdienst. Haenisch. — Sonntag, 10: Gottesdienst Kammel. — 11½: Kgd. Ders. — 5: Musikalische Feierstunde, veranstaltet vom Evangelisch. Verein jung. Männer. Eintritt frei. — Amtswoche: Haenisch.

St. Paulikirche. Sonntag, 10: Gd. Stuhlmann. — 11¾: Kgd. Ders. — Mittwoch, 6: Bibelstunde. Ders. — Amtswoche: Ders.

Ev.-luth. Kirche, ulica Ogrodowa 6 (früh. Gartenstr.) Freitag, 8: Kirchenchor (für sämtl. Stimmen). — Sonntag, 9½: Gottesd. — Dienstag, 7: Sitzung des Kirchenkollegiums u. der Finanzkommission. — Donnerstag, 4½: Frauen- und Jungfrauenverein. — Freitag, 8: Kirchenchor (nur Männerstimmen).

St. Lukaskirche. Sonntag, 10: Predigt, Büchner. — 12: Kgd. Ders.

Christuskirche. Sonntag, 10: Gd. Rhode. — Danach Kgd. — Mittwoch, 6: Bibelstde.

St. Matthäi-Kirche. Sonntag, 10: Gd. Schneider. — 11½: Kindergottesdienst. Ders. — Dienstag: 8: Kirchenchor. — Freitag, 8: Bibelstunde. — Wochentags 7¼: Morgenandacht.

Sassenheim. Sonntag, 10: Gd.

Ev. Verein junger Männer. Sonntag, 5: Musikalische Feierstunde in St. Petri. — 8: Versammlung: Vom nützlichen Sparen. — Montag, 8: Blasen. — Dienstag, 7½: Turnen. — Mittwoch, 7: Besprechungsabend. — 8½: Bibelstunde. — Donnerstag, 8: Blasen. — Freitag, 7½: Turnen.

Kapelle der Diakonissen-Anstalt. Sonnabend, 8: Wochenschlußgottesd. Sarowy. — Sonntag, 10: Gd. Ders.

Christliche Gemeinschaft (im Gemeindesaal d. Christuskirche ul. Matejki 42). Sonntag, 5½: Jugendbundstde. E. C. — 7: Evangelisation. — Freitag, 7: Bibelbesprechungsstunde. — Jedermann herzlich eingeladen.

Gemeinde gläubig getaufter Christen (Baptisten), ul. Przemysłowa (fr. Margaretenstr.) 12. Sonntag, 10: Predigt. — 11½: Sonntagsschule. — 2½: poln. Gottesdienst. — 4½: Pred. — 6: Jugendverein. — Mittwoch, 7: Gebetstd. — Freitag, 7½: poln. Gebetstunde.

Berufst., dunkelbl. Dame, 25 J. alt, angen. Aeußere, gebildet, musik., kath., wünscht m. christl. Herrn in Briefw. zu treten, zwecks späterer
Heirat.
Wäsche, teilw. Möbel vorh. Nur ernstgem. Zusch. u. **9463** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Handwerker, z. Zt. selbst., sucht auf diesem Wege mit Damen in Briefwechsel, zw.
spät. Heirat
zu treten. Kath. Damen bis zu 25 J., welche die Hand z. glücklichen Bunde reichen wollen u. etwas Verm. besitzen, wollen ihre Off., wenn mögl. mit Bild u. Ang. d. Verh. u. **W. 9490** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. richten.

Junger Bankier, vielfacher Milliardär, wünscht die Bekanntschaft junger Dame aus den landw. Kreisen, wo er einheiraten oder ein Liquidationslandgrundstück auch käuflich übernehmen könnte. Diskretion zugesichert. Vertrauensvolle Off. u. **9497** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Speisekartoffeln
Fabrikkartoffeln
sowie sämtliche landwirtschaftlichen Produkte,
Roggen, Weizen, Gerste, Hülsenfrüchte, Futtermittel
und alle **Gemüsesorten** (mit Exportbescheinigung für jedes **Ausland,** sowie für **Danzig**) jedes Quantum zu **kaufen gesucht.** (4128
Offerten mit Preisangabe, Verladestation u. Muster usw. erbeten an
Schmakeit & Co., Kommissionsgeschäft,
Danzig, Holzgasse 29.
Telegr.-Adr.: Schmakeitco. Tel. 3020 u. 5272.

Größere Posten
Fabrik-Kartoffeln
zu **kaufen gesucht.** Bevorzugt wird **„Woltmann“.** Offerten unter **Z. 9476** an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Wir kaufen:
Speisekartoffeln,
möglichst mit Ausfuhr, zur sofortigen Lieferung, sowie
Getreide — Saaten — Hülsenfrüchte
Bigalke & Gerth, G. m. b. H., Danzig.
Langfuhr, Hauptstr. 130. Telephon 6726.
Telegramme: Bigerland-Danziglangfuhr.

Wir kaufen waggonweise
Fabrik- u. Speisekartoffeln
zur sofortigen und späteren Lieferung.
Landwirtschaftliche Hauptgesellschaft
— Kartoffel-Abteilung — (9183
Poznań, ul. Wjazdowa 3. Tel. 4291.

Sonnabend, 13. Oktober 1923. **Posener Tageblatt.** Beilage zu Nr. 233.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 12. Oktober.

Eine abermalige Verdoppelung der Postgebühren.

Die Post-, Telegramm- und Fernsprechgebühren werden ab 15. Oktober um 100 v. H. erhöht, d. h. verdoppelt. Danach kostet von Montag, 15. d. Mts., ab, im Inlande ein Brief bis zu 20 Gr. 6000 Mk., eine Postkarte 3000 Mk., Auslandsbriefe bzw. Karten 10 000 bzw. 6000 Mk. Auch die Telegramm- und Fernsprechgebühren werden verdoppelt. Die betreffende Verordnung des Post- und Telegraphenministeriums ist in der vom 13. Oktober datierten, schon gestern früh hier eingegangenen Nummer des Amtsblatts der genannten Zentralbehörde abgedruckt mitsamt den einzelnen Gebührensätzen. Diese neueste Erhöhung der Postgebühren ist einigermaßen überraschend gekommen, da vorher darüber noch nichts verlautete. Bekanntlich wurden am 1. Oktober die früheren Gebühren um 200 v. H. erhöht, also verdreifacht. Die jetzt bevorstehende Verdoppelung der zurzeit gültigen Sätze bedeutet also, daß die noch am 30. September geltenden Gebühren ab 15. Oktober auf das Sechsfache gesteigert werden.

Stadtkrankenhaus- und Aerzteausstandsfrage.

Nicht ohne Interesse werden unsere Leser in der Freitagausgabe den Artikel „Die Stadt Posen, die Krankenkasse und die Ärzte" gelesen haben, in dem ausführlich über die lebhafte Aussprache berichtet wurde, die der Krankenkassenärzteausstand bei den Stadtverordneten gezeitigt hat. Daß diese Angelegenheit je nach der Parteistellung von den einzelnen Stadtverordneten beleuchtet wurde, ist ebenso selbstverständlich, wie die andere Tatsache, daß die Vertreter der Linken besonders scharfes Geschütz auffuhren; was um so natürlicher ist, als gerade ihre Anhänger von dem nun bereits 2½ Woche andauernden unhaltbaren Zustand des Ausstandes auf das schwerste getroffen werden, da sie fast restlos der Krankenkasse als Mitglieder anzugehören gezwungen sind. Wir haben bereits dieser Tage in einem besonderen Artikel darauf hingewiesen, in welche unangenehme Lage heut die Krankenkassenpatienten geraten, indem sie von den Ärzten nur noch als Privatpatienten behandelt werden und für jede ärztliche Beratung und Untersuchung nun sofort, und zwar einen erheblich höheren Betrag dem Arzte zahlen müssen, als dieser sonst von der Krankenkasse erhielt, und daß sie infolgedessen nur einen Teil der verauslagten Summe von der Krankenkasse zurückerhalten. Sie müssen also gegenwärtig doppelt zahlen, einmal die wahrlich nicht geringen Krankenkassenbeiträge, andererseits die Differenz für ihre ärztliche Privatbehandlung.

Die Aussprache ging von nicht unerheblichen Nachbewilligungen für das Stadtkrankenhaus aus. Selbstredend war das Stadtkrankenhaus selbst dabei Gegenstand der kritischen Beleuchtung. Mit Interesse hörte man aus dem Munde eines Stadtverordneten den Vorwurf gegen die Krankenhausverwaltung, daß auf der Straße Verletzte in wiederholten Fällen vom Krankenhause abgewiesen wurden, weil sie nicht gleich bezahlen konnten. In deutscher Zeit sei so etwas nicht vorgekommen. In der Tat wird man den ausschließlich fiskalischen Standpunkt des Stadtkrankenhauses nicht teilen können, da es doch in erster Linie zur schleunigsten ärztlichen Hilfeleistung bestimmt ist und unter diesem sozialen Gesichtspunkte allen Hilfesuchenden zunächst Hilfe zuteil werden lassen muß und erst dann den Geldpunkt erledigen kann. Andererseits wird man allerdings den höchst einseitigen Standpunkt des Stadtv. Kowalewski nicht teilen können, als ob das Stadtkrankenhaus in erster Linie oder gar ausschließlich zur Behandlung von Kassenpatienten bestimmt sei. Diese Auffassung ist durchaus irrig. Das Stadtkrankenhaus wird durch alle Steuerzahler erhalten, so daß auch alle Steuerzahler ohne Unterschied des Standes und Berufs, ganz einerlei ob als Privat- oder als Kassenpatienten, Anrecht auf Behandlung im Stadtkrankenhause haben.

Soweit die Stadtkrankenhausangelegenheit!

In der Aussprache über den Krankenkassenärzteausstand hörte man nicht ohne Interesse die Bemerkung, daß der Versuch gemacht worden ist, die städtischen Beamten in einer besonderen Krankenkasse zusammenzuschließen. Hierzu darf erwähnt werden, daß schon seit Monaten zwischen der Allgemeinen Ortskrankenkasse und dem Magistrat ein Streit darüber entbrannt ist, ob die städtischen Beamten der Krankenkasse als Mitglieder angehören müssen, wie alle übrigen Sterblichen in der Stadt Posen, die Angestellte oder Arbeiter sind, oder nicht. Die Krankenkasse vertritt den ersteren Standpunkt, der Magistrat den zweiten. Ob dieser Streit schon endgültig entschieden ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Jedenfalls darf darauf verwiesen werden, daß seinerzeit auf staatliche Anordnung die früher bestehenden 9 Krankenkassen amtlich geschlossen wurden, um der einen einzigen Allgemeinen Ortskrankenkasse Platz zu machen, der nun die Mitglieder der aufgelösten Krankenkassen beitreten mußten. Wohlverstanden, es wurde hier ein Zwang ausgeübt, der von vielen Krankenkassenpflichtigen um so unangenehmer empfunden wird, als die Beiträge sehr erheblich sind, im Gegensatz zu denen bei den früheren Betriebskrankenkassen. Diese letzteren Beiträge konnten sehr niedrig sein, da die Verwaltungsgeschäfte sehr wenig Unkosten erforderten, weil sie meist im Nebenamte erledigt wurden. Heut ist bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse ein ungewöhnlich großer Beamtenapparat zur Erledigung der Verwaltungsgeschäfte notwendig geworden. Ob er allerdings in seinem jetzigen Umfange wirklich notwendig ist, und ob die Unkosten dafür wirklich eine so exorbitante Höhe erreicht haben, wie behauptet wird, d. h. daß sie mehr in Anspruch nehmen als die ärztliche und medizinische Versorgung der Krankenkassenmitglieder — diese Fragen auf ihre Richtigkeit zu prüfen, sind wir nicht in der Lage. Wir sind aber der Meinung, daß der Mitgliedszwang, wie er den Angehörigen der freien Berufe gegenüber geübt wird, auch den Kommunalbeamten gegenüber am Platze ist, und daß die etwa geplante Gründung einer eigenen Krankenkasse für sie um so mehr überraschen muß, als man früher die einzelnen Betriebskrankenkassen einfach aufgelöst hat, obwohl sie — unseres Wissens — sämtlich gut bestehen konnten.

Von einer Seite ist noch in der Aussprache der Stadtverordnetenversammlung betont worden, daß die Ursache des Streites zwischen der Krankenkasse und den Ärzten darin zu suchen sei, daß nicht nur die Mitglieder der Kasse, sondern auch ihre nicht selbständigen Familienmitglieder freie ärztliche Behandlung und freie Arznei erhalten. Möchte man das etwa wieder beseitigen, nachdem man die doch wahrlich nicht geringen Krankenkassenbeiträge erst damit begründet hat? Es ist ganz selbstverständlich, daß, wenn man dieses Privileg wieder beseitigt, man auch die Beiträge erheblich herabsetzen muß. Denn man kann einem Krankenkassenmitgliede nicht zumuten, daß er, wie es jetzt z. B. beim Verfasser dieses Artikels der Fall ist, monatlich über 200 000 M. Krankenkassenbeiträge bezahlt, ohne daß auch seine Familienangehörigen auf die Wohltaten der Kasse irgendwelche Ansprüche erheben können. hb.

X **Die 100prozentige Erhöhung des Eisenbahntarifs,** wie sie nach unserer Meldung von der Warschauer Tarifkommission in Aussicht genommen war, ist nach einem hiesigen polnischen Blatte für den 1. November beschlossene Sache. Angenehme Aussichten für die weitere Teuerungssteigerung!

Fahrplanänderungen. Die Posener Eisenbahndirektion teilt mit: Die zwischen Posen und Lodz verkehrenden durchgehenden Wagen werden vom 15. Oktober an bis Krakau durchgehen, so daß die Notwendigkeit des Umsteigens in Lodz wegfällt. Abfahrt Posen 11 Uhr vorm., Ankunft Krakau am nächsten Morgen um 5 Uhr 32 Min. In umgekehrter Richtung Abfahrt Krakau abends 10 Uhr 5 Min., Ankunft Posen 3 Uhr 10 Min. nachmittags. — Die Eisenbahndirektion Danzig läßt vom 1. Oktober an jeden Mittwoch und jeden Sonnabend folgende gemischte Züge zwischen Wejherowo (Neustadt) und Zamostne verkehren: Ab W. 5 Uhr 30 Min. früh und 2 Uhr 20 Min. nachm., Ankunft Z. 6 Uhr 14 Min. früh und 3 Uhr nachm. In umgekehrter Richtung: Ab Z. 7 Uhr früh und 4 Uhr 5 Min. nachm., an W. 7 Uhr 41 Min. früh und 4 Uhr 50 Min. nachm.

Ein Zeichen der Zeit. Der „Wiarus Polski", ein Blatt der Linken, verlangt Abschaffung des Freihandels und Einführung von Höchstpreisen, denn der Freihandel bedeute nichts weiter als Schiebertum. Das ist allerhand. Bekanntlich waren es die Linke und ihre Blätter, die die „Unifizierung" und den Freihandel nicht schnell genug bekommen konnten. Und jetzt . . .?

Die Gebühren für die Aufbewahrung des Passagiergepäcks auf den Bahnhöfen sind um 100 Prozent, d. i. auf 400 Mk. für Tag und Stück, erhöht worden. Annahme- und Ausgabezeit des Gepäcks werden für volle Tage gerechnet. Ebenso sind die Preise für Schlafwagenplätze heraufgesetzt worden, und zwar bis zur Höhe der Gebühr für die Fahrkarten 3. Klasse in Schnellzügen.

Tier-Krankheiten. Aus landwirtschaftlichen Kreisen wird mitgeteilt, daß gegenwärtig unter den Geflügelbeständen große Verluste durch schnelles Sterben von Hühnern, Enten, Gänsen, Puten usw. eintreten. Diese Erscheinung wird fast in allen Orten beobachtet. Vermutlich handelt es sich um Geflügelcholera. Schlechtes Trinkwasser soll oft die Ursache dieser Krankheit, wie uns von Sachkundigen mitgeteilt wird, sein. — Von anderer Seite wird mitgeteilt, daß auch unter den Schweinen verschiedener Ortschaften jetzt ein häufiges Eingehen der Schweine erfolgt. Die Tiere gehen, obgleich sie gegen Rotlauf geimpft sind, binnen wenigen Stunden ein, selbst wenn sie am Abend vorher noch gut gefressen haben.

Das neue Telephonadreßbuch. Das Posener Telephonamt gibt den hiesigen Fernsprechabonnenten bekannt, daß sie alle für das neue Telephonadreßbuch gewünschten Änderungen und Ergänzungen nur bis zum 16. d. Mts. entgegennimmt. Es wird auf die Notwendigkeit einer ganz genauen Angabe der Firmen usw. (auch hinsichtlich der Wortstellung) hingewiesen.

Polizeiliche Lebensmittelkontrolle. Im September d. Js. sind an 118 Stellen Milchprüfungen vorgenommen worden. 14 Proben Milch, sowie 3 Proben Limonade sind als fälschungsverdächtig zur chemischen Untersuchung überwiesen worden. Auf Reinlichkeit und gesundheitliche Einwandfreiheit sind untersucht worden: 2165 Fleischverkaufsstellen, 23 Fleischwerkstätten, 104 Fischverkaufsstellen, 48 Lebensmittelgeschäfte, 23 Kaffees und Konditoreien, 38 Gastwirtschaften, 18 Destillationen, 14 Milchverkaufsstellen, 18 Friseurgeschäfte und 42 Bäckereien. Auf Grund der vorgenommenen Untersuchungen sind gegen 3 Milchhändler Strafanträge gestellt worden. Beschlagnahmt wurden 28 Liter verfälschte Milch.

Die Jagd auf die Schwarzbörsianer in Posen soll recht ergiebig gewesen sein. Bei einem dieser „Edlen" sollen 700 Dollar gefunden worden sein. Wie deutsche Zeitungen berichten, plant der Ministerpräsident von Kahr in München die Einführung der Todesstrafe für Schieber. Und bei uns? Die „Edlen" werden zur Polizei geführt, ein Protokoll wird aufgenommen, und sie werden freigelassen. Das Spiel kann weiter gehen!

X **Einen geheimnisvollen Unbekannten** beherbergt seit etwas mehr als Wochenfrist das Posener Polizeigefängnis, der seine höchst ehrenwerte Persönlichkeit vermutlich aus begreiflichen Gründen mit einem undurchdringlichen Schleier umgibt, ohne daß es bisher gelingen wollte, diesen zu lüften. Er war vor einiger Zeit in Wilna in Haft genommen worden, hatte erklärt, aus dem Kreise Pleschen zu stammen und war zur Aufklärung des Geheimnisses, mit dem er sich umgab, nach Posen geschafft worden. Von hier aus bereiste er, natürlich in Begleitung von Kriminalbeamten, einen Teil des Pleschener Kreises, ohne daß es gelingen wollte, ihn als Sohn dieses Kreises festzustellen. Von Pleschen ging es dann nach Ostrowo, und von dort sollte er nach Lodz gebracht werden, weil man begründeten Verdacht hegte, daß er dort auch noch ein Konto zu begleichen habe. Unmittelbar vor der Station Lodz gelang es ihm, obschon er an Händen und Füßen gefesselt war, seinen Begleitern, nicht hiesigen Kriminalbeamten, zu entwischen, indem er aus dem fahrenden Eisenbahnzuge sprang. Nach einiger Zeit war man hier in Posen nicht wenig erstaunt, als der Entsprungene sich vor 1½ Wochen mit arg zerschundenem Gesicht bei der hiesigen Polizei wieder zur Aufnahme meldete. Er hatte sich bei seinem kühnen Sprunge nur einige Hautabschürfungen zugezogen; seine Ketten hatte er an Chausseesteinen gesprengt. Inzwischen machte er über seine Persönlichkeit immer wieder neue Angaben. Neuerdings ist hier ein amtliches Schreiben aus Włocławek eingetroffen, nach dem eine Persönlichkeit von ähnlicher Beschaffenheit wie der große Unbekannte gesucht wird. Ob er mit diesem identisch ist, müssen die weiteren polizeilichen Ermittelungen ergeben. Er ist 24—26 Jahre alt, trägt als besondere Merkmale nicht ungeschickt ausgeführte Tätowierungen am ganzen Körper und bildet in der Beziehung eine ziemlich einzigartige Erscheinung.

X **Ihre allzu große Vertrauensseligkeit** hätte ein hier durchreisendes junges Mädchen, das auf dem Wege nach Frankreich war, beinahe bitter zu bereuen gehabt, wenn nicht die Aufmerksamkeit eines Kriminalbeamten des 1. Polizeireviers sie vor schwerem Schaden bewahrt hätte. Sie hatte sich mit ihrem Hab und Gut im Werte von 10 Millionen M., das sich in einem Korbe befand, nach einem Auswandererbureau in der ul. Konopnickiej (fr. Goethestr.) in Begleitung eines „Landsmannes" begeben, dessen Bekanntschaft sie erst auf der Eisenbahnfahrt hierher gemacht hatte. Sie bat den „Bekannten", daß er, während sie sich in das Bureau begab, auf ihr Eigentum am Hauseingange acht geben möchte. Als sie zurückkehrte, war der treue Hüter verschwunden. Er hatte sich inzwischen mit dem Korbe aus dem Staube gemacht und nach der Altstadt begeben. Als er jedoch die ul. Wodna (fr. Wasserstr.) passierte, erregte er die Aufmerksamkeit eines Kriminalbeamten, der ihn nach dem „Woher?" und „Wohin?" fragte und alsbald feststellte, daß der Korb, mit dem der Gefragte sich abplagte, nicht sein Eigentum war. Er gab sich als Wladislaus Parol aus Warschau aus und mußte nun seinen Weg nach dem Polizeigefängnis antreten. Das junge Mädchen aber konnte dort heute früh sein wertvolles Eigentum in Empfang nehmen und um eine Erfahrung reicher seine Auswandererreise nach Frankreich fortsetzen.

X **Die Zahl der Einbruchs- und sonstigen Diebstähle** pflegt mit zunehmender Kälte in den Großstädten zu wachsen, da mit der Kälte auch die Bedürfnisse der Diebe sich steigern. Ganz besonders haben sie es gegenwärtig auf die fremden Überzieher in den Gastwirtschaften, Kaffeehäusern und dergl. abgesehen. So wurden gestern wieder gleich zwei solcher Diebstähle verübt: der eine im Kaffee Esplanade am Plac Wolności (fr. Wilhelmsplatz), wo ein Herrenüberzieher im Werte von 12 Millionen Mark, und der andere in einer Gastwirtschaft in Jersitz, wo ein dunkelblauer Überzieher im Werte von 15 Millionen Mark seinen Besitzer wechselte. — Daß die Bestohlenen gut daran tun, sofort die Hilfe der Polizei in Anspruch zu nehmen, beweist ein Ladendiebstahl in der ul. Franciszka Ratajczaka 11 a (fr. Ritterstr.), bei dem Wäsche- und Kleidungsstücke im Werte von 20 Millionen Mark gestohlen wurden. Der sofort benachrichtigten Polizei gelang es, den Spitzbuben nachzuspüren und einen Teil der Beute alsbald bei den Hehlern wieder zu beschlagnahmen. — Ein ganz besonders schwerer Einbruchsdiebstahl wurde in der Nacht zum Donnerstag in einer Wohnung des Hauses ul. Polna 1 (fr. Feldstr.) verübt; dort wurden in der Abwesenheit des Hausherrn nach dem Eindrücken einer Fensterscheibe ein Herrenpelz mit einem grauen Überzug, einem amerikanischen Katzenfell und Sealkragen, ein grauer Herrenüberzieher, ein grauer Anzug, ein Kinderkleid und 1 600 000 Mark, im Gesamtwerte von 100 Millionen Mark gestohlen. — Ferner sind noch folgende Millionendiebstähle zu verzeichnen: einer im Werte von 10 Millionen Mark in einem Konfitürengeschäft an der Blumenstraße 4, wo ein Anzug, Wäschestücke, eine Wage und Waren gestohlen wurden; ein anderer in einem Laden an der Dolna Wilda Nr. 79 (fr. Unterwilda), wo ein Damenmantel und Eßwaren im Werte von 10 Millionen Mk. gestohlen wurden; ein Wohnungseinbruchsdiebstahl in der Wierzbięcice 5, bei dem mit den Buchstaben W. T. und J. K. gezeichnete Damen- und Herrenwäsche im Werte von 15 Millionen Mk. gestohlen wurde; und endlich ein Ladendiebstahl in der ul. Bosa 12 (fr. Bossestr.), bei dem ein brauner Herrenanzug, Zucker, Schnürsenkel, Seife, zwei Rasiermesser, Binden, Bürsten und ein Trommelrevolver im Gesamtwerte von 25 Millionen Mk. gestohlen wurden.

X **Polizeilich festgenommen** wurden gestern: 4 Dirnen, 9 Obdachlose, 9 Betrunkene, 1 Bettler, 3 Personen wegen Diebstahls, 1 wegen Hehlerei.

---

* **Bromberg,** 10. Oktober. Ein diebisches Dienstmädchen wurde von der Polizei in der Person der E. B. von hier verhaftet. Es hat in der letzten Zeit mehrfach seine Dienstherrschaft bestohlen und schädigte sie in einem Falle um 40 Millionen, in einem zweiten Falle um drei und in einem dritten Falle um 20 Millionen Mark. Die Geschädigten haben ihre Sachen zurückerhalten. — Selbstmord verübt hat gestern ein 78jähriger Greis aus Prinzenthal. Er wurde auf dem Kirchhof in Prinzenthal erhängt vorgefunden. Der Grund zu der Tat ist unbekannt, wahrscheinlich handelt es sich aber um Nahrungssorgen.

* **Culm,** 6. Oktober. Die „Deutsche Rundsch." läßt sich von hier berichten: In unserer Stadt befinden sich drei höhere Lehranstalten, Gymnasium, Realgymnasium und Lyzeum. Nach der politischen Umgestaltung wurde die Unterrichtssprache im Gymnasium und Lyzeum polnisch, nur in der Realschule blieb sie deutsch. Letztere wurde im Oktober 1920 auch aufgelöst, und so sahen sich die deutschen Eltern gezwungen, für ihre Kinder eine Privatschule zu gründen, deren Leiter der hiesige Pfarrer Frese wurde. Obwohl diese mit vielen Schwierigkeiten, beispielsweise der Beschaffung geeigneter Lehrkräfte, zu kämpfen hatte, bestand sie bis zu den großen Ferien dieses Jahres. Dann wurde von der Wojewodschaft Herrn Pfarrer Frese die Leitung der Schule entzogen. Nach den Ferien blieben die betreffenden Kinder ohne Schule, da sich bis dahin ein geeigneter Leiter nicht gefunden hatte. Auf behördliche Anordnung müssen nun die Kinder die zweiklassige deutsche Volksschule besuchen. — Der Kassenbote Menz ist Verwalter des Hauses Ackerstraße 5. Dort hatte der Arbeiter N. eine Wohnung inne. Weil er seinen Verpflichtungen nicht nachkommen wollte, wurde ihm die Wohnung gekündigt und die Kündigung durch ein gerichtliches Urteil bestätigt. Da N. aber nicht auszog und auch den Wasserzins nicht bezahlen wollte, ließ Menz den Krahn der Leitung in dessen Wohnung abnehmen. Darüber geriet N. mit seinem Sohne so in Wut, daß beide auf Menz mit Messern eindrangen und ihm mehrere Stiche am Kopfe beibrachten, so daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte.

□ **Jozefowo, Kreis Mogilno,** 11. Oktober. Am vergangenen Sonntag wurde in unserer evangelischen Kirche die Gedenktafel der im Weltkriege gefallenen Krieger unserer Parochie enthüllt. Die Tafel, ein Kun erk, ist ein würdiges Denkmal der treuen und

Kunst, Wissenschaft, Literatur.

Zeitschriften.

Die Weltbühne, der Schaubühne XIX. Jahr, Wochenschrift für Politik, Kunst, Wirtschaft, herausgegeben von Siegfried Jacobsohn, enthält in der Nummer 37: Jusqu'au bout? von Ludwig Quessel, Zionistenkongreß, von Felix Weltsch, Zu diesen Antisemiten, von Daniel Spitzer, Deutsche Note an den Völkerbund, von Emil Ludwig, Zu jenem Kaiser, von Ludwig Thoma, Kleists Gespräche, von Arnold Zweig, Die Orangenschale, von Alfred Polgar, Beifuß, ein Mörder, von Frank Warschauer, Goldwährung, von Morus, Bemerkungen, von Liliput, Bauer, Natonek, Manuel, Antworten. Die „Weltbühne" erscheint wöchentlich und kostet: 500 000 M. die Nummer. Probenummern kostenfrei durch alle Buchhandlungen und Postanstalten sowie durch den Verlag der Weltbühne, Charlottenburg, Königsweg 33.

— **Der neueste Schriftenband der Goethe-Gesellschaft** erzählt die Geschichte und die Geschicke von Dornburg. Mit der baugeschichtlichen Vergangenheit bis tief ins Mittelalter hinein beschäftigt sich Herr Viktor Michels, während Herr Hans Wahl die gesellschaftlichen Ergebnisse der Dornburger Schlösser in anmutend farbigen Bildern vor unseren Augen neu erstehen läßt. Der wichtigste Teil dieser Darstellung ist naturgemäß dem Aufenthalt Goethes daselbst gewidmet. Ohne ins Kleinliche zu verfallen, schildert Hans Wahl auf Grund sorgfältigster Quellenstudien die inneren und äußeren Vorgänge im Leben des Dichters, als er dort oben auf den Dornburger Höhen zu verschiedenen Zeiten verweilte.

— **Meteorologen-Kongreß in Berlin.** Die Deutsche Meteorologische Gesellschaft hielt ihre 14. allgemeine Tagung (zugleich 40jähriges Bestehen) ab. Die Sitzungen, an denen auch ausländische Gelehrte teilnahmen, fanden im Meteorologischen Institut statt. Es fanden mehr als 20 Vorträge aus dem ganzen Gebiet der Meteorologie statt, von denen sich je mehrere mit den Ergebnissen der Heereswetterwarten im Weltkriege und mit den neuen Anschauungen von den Ursachen des Wetters und den daraus zu ziehenden Folgerungen für die Wettervorhersagen beschäftigten.

— **Literaturpreise.** Der Wiener Zweigverein der Schiller-Stiftung hat im Einvernehmen mit dem Schriftsteller- und Journalistenverein Concordia beschlossen, die diesjährigen Zinsen des Ebner-Eschenbach-Fonds der Concordia der Dichterin Marie Renate Fischer in Saalfeld (Thüringen) zu übersenden. Ihre gesunde, schlichte Art ist gute Eschenbach-Tradition. — Ein 1921 von dem skandinavischen Verlag „Gyldendal" ausgeschriebener Wettbewerb für den besten Zeitroman in dänischer oder norwegischer Sprache ist jetzt zur Entscheidung gekommen. Der erste Preis wurde von dem jungen Schriftsteller J. Anker Larsen mit seinem Roman: „Der Stein der Weisen" gewonnen. Der Preis beträgt 70 000 dänische Kronen.

— **Tagung der Deutschen Gesellschaft für Vererbungswissenschaft.** In München begann die 3. Jahresversammlung der Deutschen Gesellschaft für Vererbungswissenschaft unter starker Beteiligung der Gelehrtenwelt, auch des Auslandes. Die Tagung, die in der Anatomie stattfindet, soll den Teilnehmern auch die bedeutsamen Versuche der landwirtschaftlichen Abteilung über die Vererbungslehre vorführen. Prof. H. Winkler-Hamburg sprach über die Rolle von Kern und Protoplasma bei der Vererbung. Den Vorsitz führt Prof. Richard von Hertwig-München.

— **Ein Dresdener Schauspielertheater.** Das künstlerische Personal des bisherigen Neustädter Schauspielhauses hat sich zu einem Schauspielertheater zusammengeschlossen, das im Großen Saal der Kaufmannschaft spielen will. Spielleiter sind Walter Hasenclever und Richard Revy vom Deutschen Theater in Berlin. Das Theater ist Ende September eröffnet worden.

tapferen Helden. Die mit frischem Grün geschmückte Kirche glich einem Eichenhain und war bis auf den letzten Platz gefüllt. In geschlossener Ordnung betraten die Kameraden unter Glockengeläut und mit dem Liede: „Ein' feste Burg" das Gotteshaus. Mit ergreifenden, warmherzigen Worten gedachte Pfarrer Schmidt der gefallenen Väter und Söhne seiner Parochie. Sie alle waren von ihm getauft und konfirmiert worden. Andächtig lauschte die auch von auswärts gekommene Zuhörerschar seinen Ausführungen über das Textwort 2. Timoth. 4, 7 „Ich habe einen guten Kampf gekämpft. Die eigentliche Enthüllungsfeier wurde mit einem Vorspruch eröffnet. In schlichten, kleinen Gedichten feierten die Schulkinder ihre gefallenen Väter und Brüder. Durch Chor- und Einzelgesänge („Kein schön'rer Tod ist in der Welt", „Vater ich rufe Dich", „Ihr habt geduldet") ehrten die Jungfrauen die gefallenen Helden. In dankenswerter Weise trug der Kirchenchor Drewno zur Hebung der Weihe bei. Aus rauhen Kriegerkehlen erschollen der Kameraden Lieder „Morgenrot" und „Ich hat einen Kameraden". Mit tränenden Augen sahen alle Teilnehmer die Hülle der Tafel niederfallen und lauschten der nun folgenden Verlesung der Namen der Toten. Darauf sang der Damenchor: „Wie sie so sanft ruh'n", und die Gemeinde legte zahlreiche Kränze nieder. Zum Schluß ertönte der Gemeindegesang: „Wenn ich einmal soll scheiden".

□ Neutomischel, 11. Oktober. Sein 50jähriges Bürgerjubiläum konnte hier dieser Tage der Rechtskonsulent Valentin Spychalski begehen. — In der Nacht zum 3. d. Mts. hat sich der Gutsinspektor Lembke auf dem Gute Jastrzembnik, das vor einiger Zeit in polnischen Besitz übergegangen ist, aus unbekannten Gründen erschossen.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* Warschau, 2. Oktober. Über eine tolle Bauernhochzeit wird aus Radomsko berichtet: Die Kavalkade des aus der Umgegend eingetroffenen Hochzeitszuges jagte wie besessen durch die Straßen. Da jeder Wagen der erste sein wollte, gab es einen Zusammenstoß, der leider nicht ohne ernste Folgen bleiben sollte. Die Gäste des einen Wagens wurden auf die Straße geschleudert und trugen Verletzungen davon; die Räder gingen einer Frau, die kurz vor der Entbindung stand, über Gesicht und Körper. Die Frau dürfte kaum mit dem Leben davonkommen. Während des Tumults verlor der Bräutigam zum größten Entsetzen der abergläubischen Braut die Trauringe, so daß bis zur Beschaffung von neuen Ringen mit der Trauung gewartet werden mußte.

Neues vom Tage.

§ **Angeblicher Bombenanschlag gegen die Berliner Börse.** Das Gerücht von einem geplanten Bombenanschlag war in den letzten Tagen an der Berliner Börse verbreitet. Vor einigen Tagen fand um 7 Uhr morgens eine Reinmachefrau am Eingang zur Börse ein Paket, aus dem eine angebrannte Schnur herausragte. Sie meldete den verdächtigen Fund sofort, und er wurde nach der Alexanderkaserne gebracht und untersucht. Es ergab sich, daß es eine offene Konservenbüchse war, die ein paar Nägel und ein Tütchen mit Schwarzpulver enthielt. Wenn auch die Schnur ganz abgebrannt wäre, so hätte die geringe Menge Schwarzpulver doch niemals eine Explosion der Büchse verursachen können. Von einem ernstlichen Anschlag kann also keine Rede sein. Wahrscheinlich ist das Ganze nur ein Unfug.

§ **Schornsteinfeger stehlen Blitzableiter.** Zwei 21 bzw. 19 Jahre alte Schornsteinfeger wurden dabei betroffen, als sie beim Reinigen der Schornsteine auf einem Fabrikgebäude in Neukölln die Blitzableiter umbogen, um die Platinspitzen abzusägen. Passanten hatten die beiden Burschen beobachtet und die Polizei aufmerksam gemacht. Beide wurden der Kriminalpolizei übergeben.

§ **Leichentransport im Flugzeug.** Die Münchener Polizei hat den Transport einer Leiche im Flugzeug erlaubt. So wurde das in München verstorbene 12jährige Töchterchen eines türkischen Rechtsanwalts im Flugzeug zum Begräbnis nach Konstantinopel gebracht. Bei der Zwischenlandung in Budapest wurde das Flugzeug angehalten, bis sich die Polizei in München nochmals erkundigt hatte.

§ **Gemäldediebstahl bei Morgan.** Der „Petit Parisien" meldet aus Antwerpen, daß die dortige Polizei auf Ersuchen des Neuyorker griechischen Konsuls einen Griechen bei der Ankunft in Antwerpen festnehmen ließ, der ein 40—60 Zentimeter großes Bild von Pieter de Hogh aus der Sammlung Morgans gestohlen hatte. Das Bild soll einen Kunstwert von 200 000 Dollar haben.

§ **Panik in einer Synagoge.** In Kiew hat sich in einer Synagoge ein schweres Unglück ereignet. Durch falschen Feuerlärm infolge Versagens des elektrischen Lichtes entstand eine furchtbare Verwirrung unter den Besuchern, die planlos den Ausgängen zudrängten und die Gestürzten unter die Füße traten. Es sind etwa 60 Personen getötet und mehr als 100 verletzt worden.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

W. B. W. Wir nehmen an, daß Sie polnischer Staatsbürger sind. Der Paß kostet einschl. des polnischen Visums 505 000 M., das deutsche Visum rd. 1 Million Mark poln.

Fr. Gr. in S. Der 5. Senat des Posener Appellationsgerichts hat kürzlich unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Müller das bedeutsame Urteil gefällt, das demnächst von uns im Wortlaut veröffentlicht werden soll, daß Hypotheken, Darlehen usw. in der heutigen Geldentwertung entsprechenden Summen zurückzuzahlen sind. Das Urteil hat allerdings zahlenmäßig den Betrag nicht festgesetzt. Nach unserer Kenntnis der Dinge pflegt man derartige Hypotheken usw. mit dem 300- bis 500fachen Betrage zurückzuzahlen. Uns ist ein Fall bekannt, in dem sogar das 1500fache der Hypothek zurückgezahlt wurde.

K. u. H. in M. 1. Die preußische Jagdordnung vom 15. Juli 1907, die unseres Wissens hier noch gilt, besagt in § 2 ausdrücklich, daß das Jagdrecht jedem Eigentümer auf seinem Grund und Boden zusteht, enthält aber derartige Einschränkungen, wie die von Ihnen angeführten, nicht. Dem Förster ist es nicht erlaubt, Ihr Jagdrevier mit Flinte und Hund zu betreten. 2. Der Pächter ist zur Zahlung der Gemeindesteuern verpflichtet, er hat das Recht, das Jagdpachtgeld zu verlangen.

Handel und Wirtschaft.

Handel.

♂ **Posener IV. Messe.** Das Posener Messeamt teilt durch die PAT. mit: In den letzten Tagen, seit wieder die Presse informiert worden ist, daß die Verwaltung des Targ Poznański mit den Vorarbeiten zur nächsten Messe begonnen hat, macht bereits heute ein ziemlich lebhaftes Interesse sich bemerkbar und zwar in ganz Polen. In den letzten beiden Tagen sind z. B. Anmeldungen von fünf Textilfirmen eingegangen. Diese Tatsache zeigt deutlich, wie tief die Posener Messe in der Handelswelt verwurzelt ist und welches großen Vertrauens sie sich erfreut. (Dieser Bericht ist doch etwas zu gefühlvoll in die Presse hineinlanciert worden. Wir wollen der Posener Messe wirklich alles Gute wünschen, aber auf Vorschußlorbeeren müßte sie eigentlich, da sie ein rein wirtschaftliches Unternehmen ist, verzichten. Erst die Tat, und dann wird das Lob von selber kommen D. Schriftl.)

♂ **Russischer Streichholzexport nach der Türkei.** Wegen der Absatzschwierigkeiten auf dem inländischen Markt, für den die heimischen Erzeugnisse zu teuer sind, sieht sich die russische Streichholzindustrie gezwungen, hauptsächlich für den Export zu arbeiten. Neuerdings wurden 20 000 Kisten nach dem Kaukasus gebracht, um von dort aus auf dem Seewege nach Anatolien weiter transportiert zu werden. Eine Lizenz zur Ausfuhr weiterer größerer Mengen Streichhölzer nach der Türkei ist bereits erteilt worden.

Wirtschaft.

♂ **Der Saatenstand im Deutschen Reiche zu Anfang Oktober 1923.** Die Witterung im September war während der ersten Monatshälfte kühl und regnerisch. Die gefallenen Niederschläge waren in Norddeutschland — insbesondere wieder in den Küstengebieten — zahlreich und ergiebig; in Schlesien, Mittel- und Süddeutschland aber reichten sie nicht aus, um das Wachstum und Gedeihen der Feldfrüchte noch wesentlich zu begünstigen. Die Getreideernte ist im größten Teile des Reiches in guter Beschaffenheit geborgen. Nur in den Küstengebieten stehen infolge anhaltender Nässe noch Reste von Sommerweizen, Hafer und Menggetreide auf dem Felde. Sehr im Rückstande ist noch die Bestellung der Wintersaaten. Sie konnte erst spät in Angriff genommen werden, weil die Felder noch nicht geräumt oder mangels genügender Niederschläge zu sehr ausgetrocknet waren. Fast allgemein wird über eine weitere Zunahme der Mäuseplage geklagt, wodurch die Klee- und Saatfelder stark gefährdet werden. Der jetzige Stand der Hackfrüchte wird gegen den Vormonat etwas geringer beurteilt. Infolge der naßkalten Witterung von Mai bis Juni und der darauf folgenden längeren Trockenheit in den meisten Gebieten konnten sich die Früchte nicht voll entwickeln. Die Ernte der Herbstkartoffeln ist im vollen Gange. Die Knollen sind vielfach nur klein geblieben. Der Ertrag, der wesentlich geringer ausfallen wird als im Vorjahre, wird als Mittelernte eingeschätzt. Auch der Ertrag an Zucker- und Runkelrüben dürfte über eine Mittelernte nicht erheblich hinausgehen. Unter Zugrundlegung der Zahlennoten 1 = sehr gut, 2 = gut, 3 = mittel, 4 = gering, 5 = sehr gering, ergibt sich im Reichsdurchschnitt für Kartoffeln 3,2 (im Vormonat 3,0), Zuckerrüben 3,1 (2,9), Runkelrüben 3,0 (2,8). Das Heu des zweiten Klee- und Wiesenschnitts befindet sich in Süd- und Mitteldeutschland bereits unter Dach, in den übrigen Gebieten, vor allem in den Küstengebieten aber zum großen Teile noch auf dem Felde. Während die Güte des Heues gelobt wird, scheint die Menge nicht überall, besonders im Süden des Reiches, den Erwartungen zu entsprechen. Immerhin werden die Ertäge noch als ziemlich befriedigend bezeichnet. Die Herbstweiden sollen in den nördlichen Gegenden reiche, in den südlichen Gegenden häufig nur geringe Nahrung geben. Im Reichsdurchschnitt ergibt sich für Klee 2,9 (im Vormonat 2,6), Luzerne 3,0 (2,7), Bewässerungswiesen 2,6 (2,4), andere Wiesen 3,0 (2,9).

Industrie.

⊙ **Fremdes Kapital in Polen.** Die „Revue Commerciale" führt in einem Artikel aus, daß verschiedene polnische Industrien gezwungen seien, sich mit fremdem Kapital zu versehen. Die polnische Industrie entwickle sich stark, so daß das polnische Kapital nicht mehr genüge. Infolge der besseren Verhältnisse haben die ausländischen Kapitalisten vor allem ihre Aufmerksamkeit auf die polnische Metall-, Kohlen- und Petroleumindustrie gelenkt. Man interessiert sich besonders für Polens natürlichen Reichtum, für die Wälder, für die elektrotechnische Industrie, Zement usw. Folgende ausländische Firmen haben Kapital in polnischen Unternehmen investiert: In Waggonfabrik von Cegielski der franko-belgische Metalltrust; der Swenska Warkthgsmastinefabrikers Export der Lokomotivenfabrik von Chrzanow; die Metallurgia Ansaldo in der Fabrik für Konstruktion von Lokomotiven; die Allgemeine Gesellschaft für internationalen Baltic Transport Ltd. und der Lloyd Triestino im polnischen Lloyd; die Marconi Wireleß Telegraphengesellschaft in den polnischen Unternehmen für Funkentelegraphie.

⊙ **Die Wielkopolska Wytwornia Chemiczna in Posen hat größere Heeresaufträge erhalten**, weil diese Firma auch Nitroglyzerin zur Sprengstoffabrikation herstellt. Weiterhin sind Aufträge erteilt worden für Desinfektionsmittel und alle chemischen Bedürfnisse der Armee. Die Untersuchungen und Verhandlungen, die im Augenblick noch geführt werden, sollen zu einem günstigen Ende führen.

Geldwesen.

≡ **Die Bedingungen eines französischen Kredites.** Gestern ist der französische Senator Beranger in Polen angekommen. Vor seiner Abreise aus Paris teilte er einem Mitarbeiter des „Petit Parisien" mit, er müsse jene Länder besuchen, denen Frankreich Kredite gewährt, um seinen Kollegen entsprechende Vorschläge machen zu können. Bezüglich eines Kredites von 400 Millionen Franken für Polen erklärte er, er werde durch bestimmte Pfänder garantiert und in eine Reihe von Raten aufgeteilt werden. Dieser Kredit ist ausschließlich zur Deckung von Bestellungen bei französischen Fabrikanten bestimmt, ist also für die französische Volkswirtschaft von großem Interesse. Überdies stehen die Kredite dieser Art im Zusammenhang mit der von Frankreich eingeschlagenen Politik gegenüber der Kleinen Entente und Polen.

≡ **Eine Goldhypotheken-Zwischenwährung?** Einen Gesetzentwurf über die Schaffung einer wertbeständigen Zwischenwährung hat die bayerische Volkspartei im Reichstag eingebracht. Der Gesetzentwurf hat folgenden Wortlaut: Die Hypothekenbanken sollen auf Grund ihres Besitzes an Goldhypotheken und Goldschuldverschreibungen ermächtigt und verpflichtet werden, nach Maßgabe noch zu erlassender Bestimmungen Goldrenten auszugeben. Diese gelten als gesetzliches Zahlungsmittel und sind von den ausgebenden Banken auf Verlangen jederzeit gegen goldverzinsliche Pfandbriefe oder Goldschuldverschreibungen umzutauschen. Der Verkehr dieses wertbeständigen Zahlungsmittels unterliegt zunächst ähnlichen Beschränkungen wie der An- und Verkauf von ausländischen Zahlungsmitteln.

Von den Banken.

△ **Bankausweis der P. K. K. P. vom 30. 9. 23.** Aktiva: Metallbestand nach Parität Gold 53 179 674.84. Silber 20 705 817.87 Auslandsbilon 1 314 821.43. Zus. 75 200 314.14 (— 5 824 015.26). Auslandsvaluten Goldmarkwert 1 508 234.57. Kursausgleich 52 071 270 283.03. Zus. 52 072 270 283.03 (— 5 057 548 387.27). Nostrorechnungen 27 216 395.43. Kursausgleich für Nostrorechnungen 857 084 501 666.99. Zus. 857 112 218 062.42 (+ 240 732 008 207.46). Wechselportefeuille 2 077 128 637 948.—. (+ 328 359 152 455.—). Terminanleihen und offene Kredite (darin enthalten 16 638 055.78 poln. Zloty) 570 019 577 831.— (+ 105 712 466 558.—). Schwebende Schuld des Staates 10 265 500 000 000.— (+ 1 541 000 000 000.—). P. K. O. 818 506 760.09 (— 209 003 078.58). Eigene Wertpapiere 70 378 459 278.75 (—1 425 510 910.—). Andere Aktiven 1 105 422 233 484.99 (+ 123 051 867 701.56). Passiva: Reservefond 50 347 758 373.94 (unver.) Banknotenumlauf 11 197 737 897 342.50 (+ 2 342 292 643 320.50). Girorechnungen und sofort zahlbare Verpflichtungen a) Zentralstaatskasse und andere Staats- sowie Militärkassen 464 517 827 008.92. b) P. K. O. 124 268 730 985.30. c) andere Rechnungen 1 688 414 345 133.79. Zusammen: 2 277 200 903 128.01 (— 221 525 479 563.29). Andere Passiven 1 573 241 052 352.54 (+ 211 360 444 863.70). Gesamtsumme der Dekadenabrechnung 15 098 527 611 196.99. Die Diskontsätze sind unverändert.

Von den Märkten.

Edelmetall. Warschau, 10. Oktober. (In Tausend Mkp. für 1 Gr.) Gold 620—630. Platin 2700—2750, Silber 18. Silberrubel 270. Tendenz: ruhig.

Metalle. Berlin, 10. Oktober. (In Millionen Mkd.) Raff. Kupfer 1100—1150, Orig. Hüttenweichblei 440—470, Hüttenrohzink in freiem Handel 580—610, Remelted 460—480, Orig. Aluminium in Blocks 2000—2200, Zinn (Banka, Straits und Austral.) 3800—4000, Hüttenzinn 3600—3800, Reinnickel 2000—2200, Antimon Regulus 460—480, Silber in Barren 79 000—81 000.

Erdöl. Neuyork, 9. Oktober. Preis für 1 Galon (2.85 Kg.) Petroleum in Zisternen 15.40, in Tanks 5.50, Stand. White 12.50, Credit Balances 2.75.

Getreide. Chicago, 9. Oktober. Weizen (Dez.) 107.75, Mais (Dez.) 75.25, Hafer (Dez.) 43.12, Roggen (Dez.) 71.00.

Hamburg, 9. Oktober. Weizen 1.6—2, Roggen 1.5—1.8, Hafer 1.4—1.7, Wintergerste 1.7—2.5, Ausl. Gerste 2.2—2.5, Mais 2.2—2.3. (Die Preise verstehen sich in Milliarden Mkd. für 50 Kg.)

Börse.

≠ **Warschauer Börse vom 11. Oktober 1923.** Die Tendenz auf dem Devisenmarkt wird immer stärker, die Steigerungen nehmen von Tag zu Tag zu. Die offizielle Notierung hat fast den Paritätsstand erreicht und ist auch nicht mehr weit von der ersten Million. Am letzten Börsentage wird der Dollar mit 740 000 offiziell notiert, der Goldfrank mit 146 750, das Pfd. Sterling 3 500 000, der Schweizer Frank 139 000 der Holl. Gulden 295 000. Die großen Engagements an den Devisenbörsen haben einen großen Teil der Spekulation vom Aktienmarkt abgelenkt und dem Devisenmarkt zugeführt, da bei der gegenwärtigen Devisenhausse noch schnell das Kapital verdoppelt oder verdreifacht werden kann. Am Effektenmarkt zeigt sich daher eine ziemlich unlustige Stimmung. Der Kurs kommt nur zu Stande, weil kleine Aufträge gehandelt werden, die eigentlich nur von geringer Bedeutung sind. Die Kurse sind zwar niedrig, aber für diese Kurse ist auch kein Wertpapier zu haben. Die Stimmung wird allgemein abwartend. Es notieren offiziell: Bank Handlowy 805, Bk. dla Handlu i Przem. —440, Wildt — —120, Chodorów —1250, Częstocice —10 500, Gosławice —450, Tow. Fabr. Cukru — —2600, Modrzejów — 1900, Starachowice +925, Parowóz + 125, Pocisk, +175, Zieleniewski —3440, Żyrardów — —90 000, Zawiercie + 95 000, Ursus —300, Ćmielów —350, Haberbusch + 1600, Spiritus 900, Polski Lloyd 55, Cegielski — —170, Kop. Węgla + 1700, Michałów —350, Majewski + 1800, Tkanina —37, Polbal 30, Fitzner i Gamper + 1900.

Posener Viehmarkt vom 12. Oktober 1923.

(Ohne Gewähr.)

Es wurden gezahlt für 100 Kilogramm Lebendgewicht:

I. **Rinder:** I. Sorte 6 200 000—6 400 000 M., II. Sorte 5 400 000—5 600 000 M., III. Sorte 4 400 000—4 600 000 M. — **Kälber:** I. Sorte 6 800 000 M., II. Sorte 5 800 000—6 000 000 M., III. Sorte 5 000 000—5 200 000 M.

II. **Schweine:** I. Sorte 10 600 000—10 800 000 M., II. Sorte 9 600 000—9 800 000 M., III. Sorte 8 600 000—8 800 000 M.

Der Auftrieb betrug: 7 Ochsen, 39 Bullen, 85 Kühe, 125 Kälber, 446 Schweine, 448 Ferkel (6—8 Wochen alte 1 600 000—1 800 000 M. das Paar, 9 Wochen alte 2 000 000—2 600 000 M. das Paar), 43 Schafe, 124 Ziegen. — Tendenz: sehr lebhaft.

Kurse der Posener Börse.

Bankaktien:	12. Oktober	11. Oktober
Bank Przemysłowców I. Em. . .	40 000	45 000—39 000
Polski Bank Handl., Poznań I.-VIII.	30 000	30 000
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em.	8250—8000	8000-8500-8250
Wielkop. Bank Rolniczy I.-IV. Em.	—,—	3500
Bank M. Stadthagen - Bydgoszcz I.—IV. Em. (exkl. Kup.) . .	20 000	—,—
Industrieaktien:		
Arcona I.—IV. Em. (exkl. Kup.) .	—,—	65 000
R. Barcikowski I.—VI. Em. . . .	22 000	24 000
H. Cegielski I.—IX. Em.	23 000—25 000	24 000—25 000
Centrala Rolników I.—VI. Em. .	8000	8000-8500-8250
Centrala Skór I.—V. Em.	55 000—52 500	60 000—55 000
Garbarnia Sawicki, Opalenica I. Em.	—,—	60 000
Galwana Bydgoszcz I.—III. Em. .	65 000	—,—
Goplana I.—II. Em.	25 000	—,—
C. Hartwig I.—VI. Em.	9 000—10 000	8 000—9000
Hartwig Kantorowicz I. Em. . . .	70 000	—,—
Homosan I.—III. Em.	30 000	—,—
Hurtownia Drogeryjna I.—III. Em.	4500—4800	—,—
Hurtownia Związkowa I.—III. Em.	7 000—9000	—,—
Herzfeld-Viktorius I.—II. Em. . . .	117 000-125 000	120 000-100 000
Iskra I.—III. Em.	—,—	50 000
Luban, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV. (exkl. Kup.)	1 225 000-1 325 000	1 200000-1 000 000
Dr. Roman May I.—IV. Em. . .	800 000-825 000	900 000-850 000
Młynotwórnia I.—V. Em.	65 000—60 000	65 000—60 000
Papiernia, Bydgoszcz I.—IV. Em. .	—,—	20 000—18 000
Patria I.—VIII. Em.	20 000	20 000
Płótno I.—II. Em.	50 000—55 000	55 000
Pneumatik I.—III. Em.	7000	7000
Pozn. Spółka Drzewna I.-VI. Em.	50 000	60 000—55 000
Tkanina I.—IV. Em.	—,—	30 000
„Unja" (früher Bentzki) I. u. III. Em.	170 000-160 000	150 000-160 000
Waggon Ostrowo I.—IV. Em. . .	67 500—65 000	65 000—70 000
Wisła, Bydgoszcz I.—II. Em. . .	300 000	—,—
Wytwornia Chemiczna I.—IV. Em.	11 000	11 000—10 000
Zakłady Chem. Główna I.—II. Em.	20 000	—,—
Zjed. Browar. Grodziskie I.—III. Em.	50 000—47 500	40 000—50 000

Tendenz: nicht einheitlich.

≠ **Der Dollar in Polen** errechnet aus der Danziger Parität 650 000 Mkp. (1 Dollar = 4.20 Goldmark). Die Goldmark aus dem Danziger Kurs 154 700 Mark polnisch.

≠ **Ostdevisen in Berlin.** Auszahlung: Bukarest 13 930 000 G., 14 070 000 B., 10 v. H. rep., Kattowitz 4356 G., 4444 B. — Noten: polnische Mark 4312 G., 4488 B., 55 v. H. rep., lettische Rubel 10 975 000 G., 11 425 000 B., estnische Mark 8 130 000 G., 8 470 000 B., Litauen 279 300 000 G., 290 700 000 B.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 12. Oktober 1923.

(Ohne Gewähr.)

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Weizen . .	2 100 000—2 300 000	Braugerste .	1 400 000—1 500 000
Roggen . .	1 100 000—1 200 000	Weizenkleie . . .	720 000
Weizenmehl	3 500 000—3 800 000	Roggenkleie . . .	680 000
Roggenmehl (inkl. Säcke)	2 000 000—2 200 000	Hafer	900 000—1 000 000
		Eßkartoffeln . .	220 000—240 000
Gerste . . .	1 100 000—1 200 000	Fabrikkartoffeln	180 000—200 000

Marktsituation im allgemeinen unverändert. Tendenz: ruhig.

Danziger Frühkurse vom 12. Oktober.

Die polnische Mark in Danzig . 450 000—520 000

Der Dollar in Danzig 3 000 000 000 - 3 300 000 000

Warschauer Vorbörse vom 12. Oktober.

Deutsche Mark in Warschau	0,0001
Dollar	850 000
Englische Pfund in Warschau . .	3 530 000
Schweizer Franken in Warschau . .	139 000.
Französischer Franken in Warschau .	46 950

Warschauer Börse vom 11. Oktober.

Devisen:

Belgien	39 500—38 250	Paris	47 150—45 250
Berlin und Danzig . . .	0.0001	Prag	22 350
London . .	3 500 000—3 370 000	Schweiz . . .	139 000—138 000
Neuyork	740 000	Wien	10.98—10.55
Holland	295 000—292 500	Italien	35 300—34 000

Die heutige Ausgabe hat 6 Seiten.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Polen und Osteuropa Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil Dr. Martin Meister; für Stadt und Land Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil Robert Styra; für den Anzeigenteil M. Grundmann. — Druck u. Verlag der Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, T. A., sämtlich in Poznań.